



Gottfried Meinhold

Der besondere Fall Jena

Die Universität im Umbruch 1989–1991

Geschichte

Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Jena – 11

Franz Steiner Verlag

Gottfried Meinhold
Der besondere Fall Jena

**QUELLEN UND BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
DER UNIVERSITÄT JENA**

Herausgegeben von Joachim Bauer, Stefan Gerber,

Jürgen John und Helmut G. Walther

BAND II

Gottfried Meinhold

Der besondere Fall Jena

Die Universität im Umbruch 1989–1991



Franz Steiner Verlag

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Friedrich-Schiller-Universität Jena,
dem Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
beim Thüringer Landtag und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Umschlagabbildung:

Palas der Wartburg, Wartburgtreffen 25.5.1990

Quelle: Archiv des CEJ (Jena)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Redaktion: Christian Faludi

Satz: DTP +TEXT, Eva Burri

Druck: Offsetdruck Bokor, Bad Tölz

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-515-10827-0 (Print)

ISBN 978-3-515-10835-5 (E-Book)

Gewidmet

Dietfried Jorke Ulrich Zwiener

und

Hans Triebel

INHALTS- UND DOKUMENTENVERZEICHNIS

Vorwort des Herausgebers	13
Danksagung.....	15
Editorische Hinweise	17
Einleitung.....	19
I. Der bewegte Herbst und seine Präliminarien	23
Vorgeschichte des Aufbegehrens	23
Anläufe 1988.....	30
II. Der Herbst der Studenten und Professoren	43
Auftakte.....	43
Das <i>Reformhaus</i>	47
Energische Mediziner	52
Das Ende der <i>Sozialistischen Universität</i>	60
Die Lage im Bereich Medizin.....	62
Die schlingernde Universitätsleitung.....	64
Der Aufruf zum Wartburgtreffen.....	68
Die Studentische Linke	70
III. Der politische Umbruch.....	72
Die ADEH betritt die Bühne	72
Druck auf die Universitätsleitung	75
Das Treffen des Organisationskomitees der ADEH.....	76
Zustimmung des Rektors zu Neuwahlen	78
Der 19. Dezember – Doppelspiel der Leitung	79
Erneute Intervention beim Rektor.....	82
Die Neuwahlen.....	84
Abwahl des alten und Wahl eines neuen Rektors	87
IV. Der Neubeginn	97
Mühen des Anfangs – Investitur und Auftakte im Senat	97
Intermezzo: Vom Wartburgtreffen 1990 zur Gründung des CEJ 1991 – Zeichen der Erneuerung nach außen, Stimulus nach innen	111
Die ersten Selbsterneuerungsversuche der Fächer – einige Beispiele	114
Sozialwissenschaften/Politikwissenschaften als Rettungsboot.....	120
Stimmungslagen und zweifelhafte Anpassungsversuche.....	123
Philosophie und Geschichte	125
Erziehungswissenschaft	131

Das Ringen um den Start – Revolution, Rekonstruktion, Reform.....	132
Perspektiven der Medizin	139
Ein Versäumnis?.....	144
 V. Der Neuaufbau nimmt Gestalt an	148
Weitere Schritte der Strukturplanung.....	148
Die Evaluierung	151
Einschnitte durch die „Abwicklung“:	
Die Rolle von Universitätsleitung und Personalrat.....	156
Versuche zur Abwehr des Abwicklungsbeschlusses	162
Der neue Strukturplan und der erste Durchgang der Evaluation	179
Zusammentreten provisorischer Konzile 1991 und 1992 und das studentische Misstrauensvotum am 14. Juni 1991	192
 VI. Versuche zu einer Vergangenheitsklärung	204
Unrecht und Rehabilitation – ungerechtfertigte Ehrungen	204
Auf dem Weg zur Tagung: Grundsätzliches	208
Vergangenheitsklärung – im Vorfeld.....	213
Intermezzo: Geschehenes und Geschichte – Hans Leisegang	216
Vergangenheitsklärung 1992 – Facetten, Nachträge.....	219
 VII. Streit um die Marxbüste	228
Vorbemerkung	228
Atmosphärisches	229
Der Gang der Dinge – Schlagabtausch und Diskursversuche	231
Dialogversuche – fehlgeschlagen	243
Nachspiele	248
 VIII. Epilog: Der Jenaer Bilderstreit.....	250
 Dokumentation	
1. Zum Spektrum der Zusammenarbeit von Universitätsangehörigen mit dem Ministerium für Staatssicherheit	262
Vorbemerkung	262
Die Ausgangslage 1990.....	262
Zwischen Erstaunen und Entsetzen	268
IMS „Dr. Gallus“ – unter anderen.....	275
Die Zwischenbilanz vom 1. Mai 1991	287
Spätere Entdeckungen.....	291
IMB „Mischa“ und IMS „Inge Winkler“	303
GI „Gertrud“ – Prof. Dr. Gertrud Pätsch.....	310
In höheren Ämtern	318
(Vorläufiger) Epilog: Professor Dr. Thomas Runst alias IM „Rudolf“	322
Außer der Reihe: der Erneuerungsrektor Ernst Schmutzer.....	328

2. Dokumentenanhang	347
Nr. 1 Brief des Leiters des Wissenschaftsbereiches Anglistik/Amerikanistik (Sektion Sprachwissenschaft) Rolf Herwig an die Wahlkommission Jena in Sachen Wahlfälschung.....	347
Nr. 2 Brief des Gemeindekirchenrats an den Oberbürgermeister von Jena, Hans Span, in Sachen Wahlfälschung	348
Nr. 3 Faksimile eines Briefes von Studenten der FDJ-Abteilungs- organisation der Sektion Psychologie.....	349
Nr. 4 Offener Brief der Universitätsleitung an alle Universitäts- angehörigen	353
Nr. 5 Bericht des IM „Klaus Krüger“ über den Verlauf der Sonntags- universität zum Thema „Brauchen wir eine neue Linke?“	355
Nr. 6 Stellungnahme der Gewerkschaftsgruppe Technischer Bereich/ Wissenschaftsbereich Neuzeit an der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur politischen Situation.....	359
Nr. 7 Aushang für das erste Meeting der Medizinstudenten zum Thema „Politisches Denken und Handeln ohne Dogma – was ist zu tun?“	361
Nr. 8 Endfassung und Entwurf der Resolution „Ein Haus für Morgen – Mediziner im Gespräch“	361
Nr. 9 Offener Brief Prof. Dr. Dr. Ulrich Zwiener an den Rektor Prof. Dr. Hans Schmigalla	366
Nr. 10 Antrag der Grundorganisation Geschichte der SED an den außerordentlichen Parteitag	368
Nr. 11 Auszüge aus dem Schreiben des Kaderdirektors Harald Karge an den Rektor Hans Schmigalla zu den anstehenden Personal- umsetzungen nach dem Umbruch.....	370
Nr. 12 Brief von technischen Mitarbeitern der Universität an den Rektor Hans Schmigalla über den Mitarbeiter Karl-Heinz Schindler.....	371
Nr. 13 Brief des Ministers für Bildung und Wissenschaft der DDR Hans Joachim Meyer an den Rektor Ernst Schmutzer zur Abberufung der Hochschullehrer der ehemaligen Sektion Marxismus-Leninismus	373
Nr. 14 Brief von Gerd Wechsung an Senator Ulrich Zwiener zu personal- politischen Eigenmächtigkeiten der alten Universitätsleitung	375
Nr. 15 Senatsvorlage der Studenten zum Statutsentwurf	376
Nr. 16 Auszug aus einem Schreiben des Assistentenrates des Bereichs Medizin an den Rektor Ernst Schmutzer zu Personalentscheidungen des Rektors	378
Nr. 17 Entwurf eines vorläufigen Statuts der Friedrich-Schiller-Universität Jena	379
Nr. 18 Entwurf einer Zustimmungserklärung zur Überprüfung der Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit	396

Nr. 19	Antrag einer Gruppe von Mitarbeitern der Sektion Geschichte an den Senat zur Umbesetzung der Leitung des Lehrstuhls für Deutsche Geschichte der Neuzeit des Dieter Fricke	396
Nr. 20	Brief von Hans Triebel an den Rektor Ernst Schmutzer zur Evaluation.....	398
Nr. 21	Bemerkungen Hans Triebels zur Evaluationskommission an der Universität Jena	399
Nr. 22	Auszug aus der Rede des Bundesministers Jürgen Möllemann in der Jenaer Universitätsaula anlässlich seines Besuches der Universität Jena am 6. September 1990	400
Nr. 23	Brief Hans Triebels an Otto Preu, Leiter der Arbeitsgruppe Wissenschaft, Kunst und Kultur des Politisch-Beratenden Ausschusses zur Bildung des Landes Thüringen, zur Neuordnung des Hoch- und Fachschulwesens im zukünftigen Land Thüringen	401
Nr. 24	Schreiben des Prorektors Gerd Wechsung mit Anlagen an Hans Triebel zur Evaluierung.....	403
Nr. 25	Aktennotiz des Dekans der Psychologisch-Pädagogisch-Sportwissenschaftlichen Fakultät Rilo Pöhlmann zum Anliegen „Akteneinsicht“	406
Nr. 26	Aufforderung von Mitarbeitern der Physik an den Wissenschaftlichen Rat der Sektion Physik, den Mitarbeiter der Staatssicherheit A. zu entlassen.....	406
Nr. 27	Brief Hans Triebels an Ernst Schmutzer zur Evaluation	407
Nr. 28	Brief von Hans Richard Böttcher an die Professoren Dietfried Jorke, Gottfried Meinhold, Gerd Wechsung zu Integritätsproblemen in der Psychologie.....	411
Nr. 29	Protokollnotizen Dietfried Jorkes über eine Beratung im Rektorat zur Presseverlautbarung des Rektors über die Abwicklung an der Universität	413
Nr. 30	Auszüge aus Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Hochschulmedizin in den neuen Ländern und Berlin zur Situation der Medizin an der Jenaer Universität	415
Nr. 31	Vereinladung des Prorektors für Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften Gottfried Meinhold zum Kolloquium „Vergangenheitsklärung“	417
Nr. 32	Begründung der Absage der Betroffenen Barbara K. für das Kolloquium „Vergangenheitsklärung“	418
Nr. 33	Artikel Christian Geyers in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über die Tagung „Vergangenheitsklärung“	419
Nr. 34	Auszüge aus der Disziplinarakte des Studenten Siegfried Ehrke (Deutsch/Geschichte).....	421
Nr. 35	Bericht des IM „Mittag“ über einen tschechischen Aspiranten.....	427

Nr. 36	Disziplarentscheidung des Prorektors Heinz Keßler über den Universitätsmediziner Manfred Eckstein wegen des Vertretens „gegnerischer Auffassungen“ zur Besetzung der ČSSR am 21. August 1968.....	430
Nr. 37	Bericht des Majors der Staatssicherheit Dieter Grabner über ein Gespräch mit Ernst Schmutzer zu künftigen Kontakten.....	431
Anhang		433
Literaturverzeichnis		433
Abkürzungsverzeichnis		437
Personenregister		440

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Als für das Jubiläumsjahr 2008 der Universität Jena die Idee einer Ringvorlesung geboren wurde, die sich im Wintersemester 2007/08 den wichtigsten der zahlreichen Umbrüche und Wendepunkte der Jenaer Universitätsgeschichte widmen sollte, war es klar, dass dabei dem Umbruch von 1989 die Funktion des End- und Höhepunktes von sieben Vorlesungsabenden zukomme. Angesichts des zu erwartenden Interesses war auch schon der größte Hörsaal am Ernst-Abbe-Platz als Ausweichquartier vorsichtshalber reserviert und er musste denn auch genutzt werden. Wen jedoch dafür als Referenten gewinnen?

Die Universität hatte sich in den vergangenen Jahren nicht gescheut, auch ihre jüngere und jüngste Vergangenheit nach verschiedenen Aspekten zu durchleuchten. Neben Einzelstudien lag gerade eine zweibändige Untersuchung zur „Hochschule im Sozialismus“ (2 Bd., Köln u. a. 2007) vor; es folgte 2008 dann die Gesamtdarstellung „Traditionen, Brüche, Wandlungen“ (Köln u. a. 2009) zur Geschichte der Universität Jena zwischen 1850 und 1995. Andererseits war zu beobachten, wie Legenden und Mythen sich als Vergangenheitsbilder des Umbruchs von 1989 immer mehr bemächtigten und solche inzwischen oft ungenaue bis verklärende Erinnerungsbilder an die Stelle von minutiöser Rekonstruktion der Abläufe traten, ja Urteile aufgrund nur partieller Quellenerschließung und -erkenntnis Platz griffen und verfestigten. Es war also nur legitim, diese Umbruchszeit aus der Perspektive der Universitätsspitze zu ergänzen und damit die Motive und Ziele der Universitäts-erneuerer zu klären. Eine solche „Zeitzeugenperspektive“ war damit zwar allen Gefahren und Beschränkungen dieses Genus ausgesetzt, schien aber im bisherigen Diskurs über die „Wende“ für die Jenaer Universitätsgeschichte nicht systematisch genutzt worden zu sein. Umso erfreulicher war, dass sich die seit 1990 amtierenden Prorektoren Gottfried Meinhold und Gerd Wechsung bereit erklärten, eine solche Darstellung zu versuchen und in der letzten Vorlesung der „Wendepunkte-Reihe“ denn auch ihr Publikum faszinierten und zu lebhafter Diskussion herausforderten.

Freilich machte im Nachgespräch zur Vorlesung Gottfried Meinhold mir dann schnell deutlich, wieviel ungehobene Quellen im Erinnerungsschatz wie auch in den Privatarchive der damals Beteiligten noch lagen und unbedingt herangezogen werden müssten, um ein adäquates Bild der damaligen Bestrebungen und Entwicklungen zu bieten, ohne doch ein vollständiges Gesamtbild zu beanspruchen. Ich bestärkte Gottfried Meinhold in seinem Plan, die Darstellung des Universitätsumbruchs in seiner ersten Phase von 1989 bis 1991 in Buchform zu erweitern, war aber nicht darauf gefasst, mit welcher Intensität und Akribie sich der Kollege darauf für Jahre in Archive vergrub, ehemalige Mitarbeiter und Betroffene befragte, sie um Herausgabe von Schriftquellen bat, schließlich sich besonders dem Komplex der Verstrickung von Universität und Staatssicherheit widmete, wozu er schon in seinem Roman „Prag Mitte Transit“ von 2008 die Perspektiven vorzeichnete. Das Buchprojekt, für das ich mit meinen Mitherausgebern gern die Reihe der „Jenaer

Quellen und Beiträge zur Universitätsgeschichte“ zur Verfügung stellte, gedieh und wuchs inzwischen, bis der etwas ungeduldige Herausgeber den Autor zu überzeugen vermochte, dass das Manuskript abgeschlossen werden könne: denn der Autor hat in seiner Darstellung seiner mehrfachen Rolle als ehemaliger DDR-Bürger, seines Verhaltens als Wissenschaftler, Literat wie sich seiner Tätigkeit als betroffener Universitätsangehöriger und dann als Prorektor Erinnernder stets bewusst reflektiert, dabei die Rahmenbedingungen des eigenen Handelns durch zum Teil unbekannte Quellen rekonstruiert. Die Grenzen und Schranken der damaligen Möglichkeiten, deren sich die Agierenden nur partiell bewusst sein konnten, treten deutlich hervor. Vom Aufbau des Buchs her kann der Leser zudem sofort erkennen, wo Meinhold sich in seiner Darstellung auf Erkenntnisse aufgrund der nun erschlossenen Quellen verlässt, andererseits sich um Rekonstruktion der Motive und Absichten der Beteiligten bemüht, als engagierter Zeitgenosse aber auch nicht vor scharfen Urteilen zurückschreckt. Das persönliche Engagement des Autors und die subjektiven Aspekte treten vor allem im Teil über die Stasi-Verstrickungen der Universität und über das allmähliche Bekanntwerden des Umfangs dieser Verstrickung zutage. Hier rang der Autor mit sich lange um die Form einer angemessenen, stets aber durch Quellenzeugnisse abgesicherten Darstellung. Neue Funde in den Stasi-Akten und dadurch neue Perspektiven der Deutung verzögerten immer wieder den Abschluss und führten mehrfach zu neuen Fassungen. Zuletzt erhielt die Darstellung noch durch die Diskussion über die Rolle auch der Jenaer Medizin in den Medikamententests der DDR eine Wendung und machte neue Recherchen erforderlich.

Der finanziellen Förderung des Drucks durch den Rektor der Universität Klaus Dicke und deren Kanzler Klaus Bartholmé wie vor allem durch die Thüringer Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Hildigund Neubert und Christian Dietrich und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur verdankt der Band letztlich sein Erscheinen. Für die Transkription schwer lesbarer Teile des Dokumentenanhangs und schreibtechnische Hilfe ist Frau Ute Ibscher vom Historischen Institut zu danken. Die drucktechnische Überwachung des Manuskripts und die editorische Betreuung des Dokumentenanteils lag wieder in den bewährten Händen von Christian Faludi, M.A. Autor und Herausgeber sind der festen Überzeugung, damit einen wichtigen Schritt für die Erforschung der Rolle der Universitäten im Prozess der sogenannten Wende getan zu haben und dank der literarischen Fähigkeiten des Autors den Lesern zugleich eine spannende Lektüre versprechen zu können.

Für die Herausgeber

Prof. Dr. Helmut G. Walther

Jena, im August 2014

DANKSAGUNG

Dieser lange Text über eine kurze Zeit der Jenaer Universitätsgeschichte, der noch länger hätte sein können oder müssen, um dieser Umbruch-Zäsur ganz und gar gerecht zu werden, wäre nicht zustande gekommen, nicht einmal angefangen worden, ohne die Anstöße eines Mediävisten und dessen Neugier für die Zeitgeschichte der Universität: Helmut G. Walther als einer der Herausgeber der Reihe hat über mehr als ein Jahrzehnt hinweg nicht locker gelassen, damit dieses Unternehmen zu einem – mehr oder weniger glücklichen – Abschluss gebracht wurde. Es begann mit einem Vortrag, für den er mich warb, dem letzten in der Reihe *Wendepunkte in viereinhalb Jahrhunderten Universitätsgeschichte* im Jubiläumsjahr 2008, und zwar über den demokratischen Umbruch zwischen 1989 und 1991. Ein Doppelvortrag wurde daraus, den die beiden „neuen“ Prorektoren ab 1990, Gerd Wechsung und ich, Amtsbrüder in schwierigster Zeit, bestritten. Nachdem die erweiterten Vortragsmanuskripte, für die wir gemeinsam in Jena und Rudolstadt Archivbestände sichteten, zum Druck befördert waren, sahen wir so vieles, das nicht unterzubringen gewesen war, dass sich der Gedanke an eine Monographie geradezu aufdrängte. Gerd Wechsung, der Mathematiker und ausdrückliche Nichthistoriker, wollte dann freilich nicht mehr mit von der Partie sein. Einmal begonnen deutete sich eine endlose Geschichte, ein Stück harter, sich weiter und weiter verzweigender Arbeit an, bei der vieles nur andeutungsweise behandelt werden konnte und fragmentarisch bleiben musste. Dennoch weitergemacht zu haben war in höchstem Maße Helmut G. Walthers Unverdrossenheit zu verdanken, er lieferte Ermutigung, Ratschläge, war Mitleser von Anfang an und arrangierte schließlich die Drucklegung mit allem technischen Drum und Dran. Aber andere Ratgeber und Helfer kamen hinzu, nicht zuletzt Gerd Wechsung, der große Teile des Manuskriptes kritisch las und manchen Verbesserungsvorschlag machte, ebenso wie Dietfried Jorke, als Sprecher der ADEH einer der Hauptgestalter des Umbruchs. Er hatte mir von Anfang an damalige Aufzeichnungen und aufbewahrte Schriftstücke, dazu wichtige Details aus seinem Erinnerungsschatz zugänglich gemacht. Mancher Zeitzeuge, manche Zeitzeugin kamen hinzu: Ohne Detlef Lotzes akribisches Privatprotokoll, das er mir dankenswerterweise erschloss, wäre mir vieles aus der letzten Zeit der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät zwischen Februar und Juni 1990 entgangen, obwohl ich dem neu gewählten Fakultätsrat angehörte. Die ehemalige Vorsitzende des Personalrats, Frau Dr. Ruth Kölblin, war nicht nur offen für meine insistierenden Fragen, sondern vermittelte mir auch den Zugang zu noch nicht archivierten Aktenbeständen des Personalrats. Geduldige und kundige Helfer im Jenaer Universitätsarchiv – auch was die Nutzung noch nicht eingearbeiteter Archivalien betraf – hatte ich über Jahre hinweg mit Dr. Joachim Bauer, Frau Margit Hartleb und Frau Rita Seifert. Frau Cordula Kamm im Geraer Archiv des BStU gebührt ganz besonderer Dank für die jahrelange Hilfe bei der Aktensichtung, für unermüdliche Gesprächsbereitschaft bei heiklen Problemlagen und bei der Bewältigung des besonders ge-

wichtigen Kapitels über das Kooperieren zwischen MfS und Universität, das sie noch im Entwurfsstadium kritisch las. Der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Frau Hildigund Neubert, danke ich für die differenzierte Beurteilung und Begutachtung der besonders heiklen Akten des damaligen Rektors und für die kritische Sichtung des ihn betreffenden Textentwurfes. Und die in der Dienststelle der Landesbeauftragten tätige Historikerin, Frau Dr. Andrea Herz, hat sich mit solch unerhörter Akribie der Lektüre des Staatssicherheitskapitels gewidmet und mich nicht nur vor manchem Fehler bewahrt, sondern auch so zahllose Hinweise im Detail gegeben, dass man den Dank dafür eigentlich nicht nur sagen möchte – *gratias agere* – sondern abzustatten hätte – *gratiam vel gratias referre*.

Nicht zuletzt gebührt der Dank meiner nur selten ungeduldigen Ehefrau für ihre Langmut angesichts des Defizits an gemeinsamer Zeit, unter dem ich sie leiden ließ, damit ich Schreib- und Lesezeit für diesen Text gewann, und die auf Jahre hinaus mein Arbeitszimmer weder betreten wollte noch konnte.

Gottfried Meinhold

Jena, im Dezember 2013

EDITORISCHE HINWEISE

Um ein flüssigeres Lesen zu ermöglichen, wurde im Text- und Dokumententeil durchgehend auf die sonst übliche Verwendung von Fußnoten verzichtet. Quellen- und Literaturnachweise wurden an entsprechender Stelle in Klammern ausgewiesen. Die dabei verwendeten Kurzformen erschließen sich über das Literaturverzeichnis. Auf das Verwenden von Abkürzungen aus dem Sprachgebrauch des MfS/der SED-Führung wurde im Textteil weitgehend verzichtet. In direkten Zitaten wurden diese meist direkt durch den Autor in eckigen Klammern aufgelöst; beziehungsweise erschließen sich diese durch das Abkürzungsverzeichnis. Weiterführende inhaltliche sowie Fehler betreffende Hinweise befinden sich ebenfalls an den betreffenden Stellen in eckigen Klammern.

Wo es aus Gründen des Datenschutzes notwendig war, wurden die Klarnamen Inoffizieller Mitarbeiter des MfS sowie weiterer handelnder Personen anonymisiert. Dies geschah durch Nennung der Anfangsbuchstaben des jeweiligen Nachnamens. Bereits öffentlich gemachte Personen werden dagegen auch hier mit bürgerlichem Namen genannt.

Die edierten Quellen entstammen dem Zeitraum vom 1966 bis 1990. Die Dokumente sind im Anhang zu zeitlich übergreifenden Quellengruppen in thematischer Reihenfolge zusammengefasst worden. Einzeldokumente sind entsprechend ihres jeweiligen Datums chronologisch eingeordnet und durchgehend nummeriert. Die zeitliche Einordnung erfolgt nach den jeweiligen Daten. In den Quellen fehlende Zeitangaben, die sich aus dem Kontext ergeben sind in eckige Klammern gesetzt. Die Nummern der Einzeldokumente und der Quellengruppen stehen im Kopf links, die jeweiligen Ausfertigungsdaten rechts. Die vom Bearbeiter formulierten Überschriften der Quellen decken sich meist nicht mit eventuellen Überschriften in den Dokumenten. Diese sind dort gesondert ausgewiesen. Rein postalische Angaben zu Absendern und Empfängern wurden nicht erfasst. Die Textgestalt der abgedruckten Dokumente ist unter Satzaspekten vereinheitlicht worden. Dabei wurde aber darauf geachtet, dass sie in etwa der Gestalt der Vorlagen entspricht. Dokumente wurden weitgehend vollständig abgebildet. Wo dies nicht möglich war, sind Auslassungen durch „[...]“ gekennzeichnet. In den Quellen verwendete Abkürzungen sind beibehalten worden. Sie erschließen sich über das Abkürzungsverzeichnis. Wo es für das Verständnis des Textes notwendig ist, werden diese direkt in eckigen Klammern aufgelöst. Unerlässliche Korrekturen oder Ergänzungen wurden ebenfalls durch eckige Klammern gekennzeichnet. Offenkundige Schreibfehler in den Quellen wurden in der Regel stillschweigend korrigiert. Die alte Rechtschreibung der Dokumente wurde beibehalten, auch die jeweilige – oft abweichende – Schreibweise von „ß“ oder „ss“. Handschriftliche Texte beziehungsweise Textteile wurden kursiv gesetzt; unleserliche Passagen mit dem Vermerk „[unl.]“ ausgewiesen. Quelle und Provenienz der abgedruckten Dokumente werden am Schluss der einzelnen Dokumente im Textfuß ausgewiesen.

EINLEITUNG

Umbruch ist – wie Umsturz, Umwälzung – eine Vokabel aus dem Wortschatz der Revolution. Historische, politische Umbrüche sind abrupte, radikale, heftige, alles auf einen Schlag von Grund auf verändernde Geschehnisse, weniger Wendepunkte als vielmehr Knicke oder eben Brüche. Zusammenbruch und Aufbruch, Ausbruch und Abbruch finden in der Isochronie des Anbruchs zusammen – mit allen denkbaren Paradoxien und Ambivalenzen. Trotz einer konnotativen Vorbelastung durch den nationalsozialistischen „Umbruch“ von 1933, worüber Viktor Klemperer in LTI (1975, S. 205 f.) reflektiert, will uns die Bruch-Vokabel hier und heute angemessener erscheinen als das leider eingebürgerte Wort „Wende“, das – von Egon Krenz für sein politisches Manöver der Regime-Rettung gewählt – etwas Dubioses behält. Es suggeriert, der Steuermann habe das Staatsschiff geschickt gedreht, obwohl doch der Havarist tatsächlich bereits leck auf Grund gelaufen war. Doch just mit Erich Honeckers Stimme ertönte, in nachträglich fast weise anmutender Vorahnung des Redners, schon Anfang der achtziger Jahre der Begriff von „jähren Wendungen“ – unüberhörbar wie unvergesslich – z. B. in einer Neujahrsansprache des Staatsratsvorsitzenden. Es war die Zeit des sowjetischen Krieges in Afghanistan, und es sollte wohl bedeuten: Macht euch auf einiges gefasst – soziale Verwerfungen, ökonomische Einbrüche, wie man sich denken konnte, einbezogen.

In diesem Sinne handelte es sich bei der Revolution von 1989 durchaus um eine jähre Wendung, bei der die Kurve nicht zu kriegen war; das fehlkonstruierte Mobil landete mit defekter Steuerung und kaputten Reifen im Kiesbett – und mit dem längst schon verlorenen Rennen war es endgültig aus und vorbei. Eine kommunistische Diktatur, durchaus bösartig und elend, zwanghaft fixiert auf ihre mutmaßlichen Feinde, war am Ende, gescheitert also der Versuch, eine quasi-normale, banale Normalität vorzutäuschen, mittels geistiger, politischer Konformitätserpressung mit allzu oft tödlichen Folgen und einer verbrecherischen Arretierung hinter geschlossenen Grenzen. Tödlich sei in einem weiteren Sinne verstanden: Es war dem Regime gelungen, eine geistig gelähmte Mehrheit der von ihm beherrschten Bevölkerung in politischer Resignation und Agonie zu halten. Die Revolution war das Werk einer starken, entschlossenen Minderheit unangepasster Akteure, meist wohl aus der Reihe jener Neinsager, die sich bei der Volksabstimmung zur Verfassung (1968) oder bei den Kommunalwahlen von 1989 unter den fünf bis zehn Prozent befanden, die tatsächlich eine Neinstimme zu produzieren gewagt hatten – dazu das Werk einer stattlichen Anzahl aufsässiger jüngerer Leute, die nicht mehr einzuschüchtern oder zu erpressen waren.

Freilich konnte man nach den ersten revolutionären Aktionen im Oktober und November 1989 alsbald erkennen, welcher Anstrengungen es bedurfte, um bis in die kommunalen Verwaltungen, die Räte der Gemeinden, der Kreise und Städte sowie bis in die Betriebe hinein, eine Umgestaltung von Grund auf durchzusetzen – mit der Neubesetzung von leitenden Positionen und somit einer Erneuerung an

Haupt und Gliedern. Ein Staat im Staate, wie es eine Universität zweifellos ist, bot in dieser Hinsicht besondere Probleme, denn die Inhaber hoher Ämter waren überwiegend Protagonisten des untergehenden Regimes, fast ausschließlich SED-Mitglieder, meistens auch mit Parteifunktionen vorbelastet, die sich aber nur allzu oft in naiver Selbstverständlichkeit für geeignet hielten, auch weiterhin Leitungsfunktionen zu übernehmen.

Die besondere hierarchische Machtstruktur der Universität stammte aus der Zeit der dritten, so genannten Sozialistischen Hochschulreform. Diesem Geschehen, das sich schon Mitte der sechziger Jahre ankündigte, waren in Jena eine Reihe von Ereignissen vorangegangen, die der Verfasser, erst seit 1964 in Jena tätig, mit Sorge, ja Entsetzen zunächst von ferne, dann aus nächster Nähe verfolgt hatte. Schon bald nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 kulminierten nämlich wachsender ideologischer Zwang und politischer Druck in Aktionen gegen drei ordentliche Professoren, „bürgerliche“ allesamt, gegen den Mathematiker Walter Brödel, den Internisten Walter Brednow und den Germanisten Joachim Müller, alle drei Fälle von der SED mit beträchtlicher „kämpferischer“ Aggressivität inszeniert. Unmittelbar zu Beginn der Hauptphase der Hochschulreform ereignete sich des Weiteren die weltgeschichtliche Zäsur der Okkupation der ČSSR vom 21. August 1968 – nach dem Verfassungsreferendum vom April. Man glaubte in dieser Zeit, ähnlich wie nach dem Berliner Mauerbau, mit verzweiflungsvoller Unruhe, auf alles gefasst sein zu müssen. Wachsende geistig-politische Repression, verbunden mit Sorgen um die weitere Berufstätigkeit, erzwang neue Überlebensstrategien: bis hin zur beschämenden Mimikry, zur täuschenden Anpassung, mit der Hinnahme oder Inkaufnahme von Funktionszuweisungen, die schon in dem Moment, als sie geschahen, hochgradig kompromittierend erschienen. Demzufolge aus einem Zeitalter – Krieg, Nachkrieg und vor allem 40 Jahre DDR – in mehrfacher Hinsicht traumatisiert oder auch physisch lädiert hervorzugehen, das verschaffte dem nachträglichen Zorn umso größeren Antrieb.

Der von den Zeitumständen gezeichnete Chronist muss sich bei seiner Darstellung immer wieder zu jener Gelassenheit zwingen, die eine gerechte Beschreibung historischen Geschehens – *sine ira et studio* – verlangt. Durch seine nur allzu oft beklemmende Erinnerung bleibt er aber der Gefahr der Befangenheit ausgesetzt. Der Chronist wird, zumal dann, wenn er nach den Zeiten der Diktatur in turbulentem Erneuerungsgeschehen selbst tätig wurde, auch seine Aversionen zur Geltung bringen. In die kritische Beurteilung geht der Drang zur – durchaus nicht ungerechten, aber wohl heftigen – zornigen Verurteilung ein. Als Akteur im Erneuerungsvorgang, der sich meist in einer Einheit von Abriss und Neubau vollzog, wird er, Zeitzeuge und Mitgestalter zugleich, zwischen Aktenfaktizität und eigenem Gedächtnis hin und her bewegt, manchmal sogar hin und her gerissen. Er vermisst auch in den Akten, weil sie zudem ihre Lücken haben, vieles, was er als wesentlich in Erinnerung hat, er glaubt, ohne Zeitzeugen, sich erinnernde Zeitgenossen in seiner Nähe, nicht zur Vergewisserung und somit zu Gewissheiten zu kommen, und läuft aber dennoch stets Gefahr, sich täuschen zu lassen oder sich selbst zu täuschen. Insofern ist das, was er zuwege bringt, nicht das Werk eines professionellen Historikers, auf alle Fälle aber eine Quelle für eine künftige Historiographie, obwohl er sich

wünschte, es sei ihm im Endergebnis etwas mehr als *nur* dies gelungen. Immerhin: er muss mit mindestens drei Rollen zurechtkommen – erstens mit seiner Rolle als mehr oder weniger malträtierte Zeitzeuge und widerwilliger „Staatsbürger“ zur Zeit der Diktatur, genauer in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR von 1945–89, zum zweiten mit der Rolle eines Mitgestalters der universitären Erneuerung von 1990–93 im Amt des Prorektors für Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften und als solcher auch gehalten, seine persönliche und die „gesellschaftliche“ Vergangenheit immer wieder, beinahe zwanghaft zu reflektieren, und schließlich, zum dritten, zwanzig Jahre danach in der Historiker-Rolle des um Wahrheit bemühten Erzählers ebenjener Zeit der universitären Erneuerung tätig zu werden, ausgerüstet mit dem Wissen um den Fortgang des Geschehens. Über diese drei Rollen hinaus aber gibt es noch weitere, die mitwirken, zum Beispiel die Rolle des politisch reservierten Hochschullehrers oder die des sorgenvollen Familienvaters, nicht zuletzt auch die Rolle des Schriftstellers, der sich auf langjährige, nicht ungefährliche Kämpfe mit der Zensur einließ, und er wird mit dem Zusammenspiel der Rollen seine Not haben. Er hat – zumal als Nichthistoriker – keine Chance, ein idealer Geschichtsschreiber zu sein. Wenn er sich trotzdem auf dieses Thema eingelassen hat, so deshalb, weil ihm die bisherigen Äußerungen und historiografischen Versuche allzu sehr mit Desideraten befrachtet zu sein scheinen und weil zu vieles einfach fehlt. Aber zurück zur geschichtlichen Faktizität.

Die Initiierung der Umbrüche an Universitäten und Hochschulen war von Personen abhängig, die dort bereits tätig waren, und zwar von solchen unter ihnen, die sowohl mental, nach politischer, systemkritischer Gesinnung, als auch hinsichtlich ihrer Position – als Hochschullehrer zum Beispiel – glaubwürdig in der Lage waren, eine demokratische Umgestaltung und Erneuerung herbeizuführen und höhere Leitungsämter zu besetzen. Die Situation war augenscheinlich an jeder Universität anders, doch an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die schon im Sommer 1990 im Vergleich zu allen anderen Universitäten und Hochschulen der damaligen DDR als „Sonderfall“ galt, offenbar besonders günstig. Hierbei kam vor allem das Potenzial jener Wissenschaften zum Tragen, die – wie etwa Medizin und Mathematik oder Naturwissenschaften – geistig, ideologisch kaum oder nur in geringerem Maße korruptionsanfällig waren, jedenfalls viel weniger als die so genannten Gesellschaftswissenschaften mit der aufgenötigten oder freiwilligen marxistisch-leninistischen Infiltration oder sogar – wie Staats- und Rechtswissenschaft oder Philosophie – in ihrer staatstragenden Funktion.

Der Umbruch der Jenaer Universität kulminierte in drei starken Einschnitten, deren genauere historische Darstellung immer noch auf sich warten lässt: (1) Der bewegte Herbst der Studenten und Professoren 1989, (2) Aufbruch und Anbruch mit den Neuwahlen, (3) Selbsterneuerung und Strukturbrüche von 1990–91, wo nötig, mit Schließung, Abriss und Neubau. Die Jenenser Vorgeschichte dieser Ereignisse darf freilich bei der historischen Untersuchung dieser Zeiträume nicht außer Acht gelassen werden. Ich werde mich allerdings damit begnügen, allenfalls Facetten zu zeigen und muss auf ein kohärentes, alles Wichtige umfassendes Gesamtbild mit einiger Bescheidenheit verzichten.

Die Motivation wichtiger Akteure – gerade aus der medizinischen Fakultät – wurzelte offenkundig in einem weltanschaulichen Boden, der viel mit kritischen

europäischen Denktraditionen oder christlicher Gesinnung, doch kaum etwas mit der zu einer antikreativen politisch-ideologischen Apologetik verkommenen so genannten wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus zu tun hatte, wie sie im Laufe der Jahre mehr und mehr dogmatisch fixiert, konserviert und aufoktroiiert worden war. In medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereichen konnten zudem, so Gottwald, „autonome Handlungsräume und berufsethische Standards in gewissem Umfang bewahrt werden“, auch erhielt sich „durch die Resistenz der Qualifikationskriterien [...] und der Reputationsstandards“ (Gottwald, *Brednow*, S. 249) in vielen Fällen eine Souveränität der Urteilkraft, dank der politische und ideologische Durchdringungsversuche und Angleichungszwänge bei vielen (vielleicht sogar den meisten?) Adressaten nicht zur Wirkung kamen. Somit war in diesen fachlichen Arealen ein geistiges Potenzial als Treibstoff der politischen Entschlossenheit gegeben, wie es für den politischen Umbruch vor Ort, in dieser Universität notwendig war – anders als etwa an der Berliner Humboldt-Universität, wo jene „Mindestmenge an strategisch geschickten wie sozial anerkannten Reformern“ fehlte, „die ein Institutionenwandel braucht“ (Neidhardt, *Aufbruch*, S. 38). Gewiss war auch die Medizin mit dogmatisch fixierten und hörigen SED-Protagonisten durchsetzt, doch mit zunehmender Häufigkeit erst nach 1961 und auch in den siebziger Jahren allem Anschein noch nicht mit der Dichte wie in anderen, zumal „gesellschaftswissenschaftlichen“ Disziplinen. Ungeachtet späterer Verstrickungen der Medizin, etwa durch staatliche Auflagen, Devisen zu erwirtschaften, gab es gerade in dieser Disziplin dennoch auch unter den Hochschullehrern eine stattliche Anzahl unbescholtener, tatkräftiger Einzelpersonen, die als überzeugende politische Erneuerer in Frage kamen.

Übrigens bezog sich die Anwendung des Begriffes „Sonderfall“ – ein der Außenwahrnehmung entstammendes Wort – am ehesten auf das Tempo, mit dem an der Universität Jena die Erneuerung bereits im Dezember 1989 – unter erheblichem Druck auf die damalige Universitätsleitung – eingeleitet wurde. Die Vokabel „Sonderfall“ fand im internen Sprachgebrauch keine Verwendung, sie sagte uns freilich zu und ermutigte uns. „Jena ist ein Sonderfall!“ machte uns Dieter Simon, der Präsident des Wissenschaftsrates Ende September 1990 anlässlich des Besuches einer Gruppe von Gutachtern bei den Jenaer Juristen klar, als wir besonders dringend darum baten, man möge das geplante Gutachten so bald wie möglich und nicht erst, wie angekündigt, im Januar 1990 liefern. Peer Pasternack (1999) spricht in seiner Studie, die die Erneuerungsarbeit der Universitäten Leipzig und Berlin (HU) betrifft, von der Universität Jena als von einer „Ausnahme“ und einem „Sonderfall unter den ostdeutschen Hochschulen“. Er hatte vor allem die bereits im Sommer 1990 eingeleitete Eigenevaluation im Blick, meinte aber auch die nachdrückliche Art, mit der ab 1990/91 – früher als anderweitig – Vergangenheitsklärung betrieben wurde. Was Tempo und Energie der Jenaer Universitätserneuerung angeht, so scheint es uns in der Tat angemessen zu sein, vom „besonderen Fall Jena“ zu sprechen.

I. DER BEWEGTE HERBST UND SEINE PRÄLIMINARIEN

VORGESCHICHTE DES AUFBEGEHRENS

Unmut, immer wieder vom Zorn gespeist, hieß zu Beginn der Vater des Mutes. Ohne den Mut freilich, ohne erfolgreiches Niederringen der Furcht, ohne die energische Entschlossenheit der Selbstbehauptung und ohne die Bereitschaft zu Widerstreben, Widerstand und Widersetzlichkeit, und eben ohne die zornige Hartnäckigkeit als das wichtigste Element nachhaltiger Auflehnung wäre es nicht zu den starken Aktionen – nicht zum Freiräumen von Ämtern, zur Verdrängung von machthabenden Personen aus leitenden Positionen, kurz zu den zahlreichen drangvollen, sich oft längere Zeit hinziehenden, nahezu flächendeckenden Erneuerungsaktionen des Herbstes und Winters 1989–90 gekommen. Es hätte weder den oft höchst energischen, auch nachhaltigen Druck gegeben, der die Neubesetzung von höheren Ämtern ermöglichte, noch die Entschlossenheit zur öffentlichen Anklage und temperamentvollen Verwünschung hochgestellter Staats- und Parteifunktionäre, von denen sich viele durch die Aufdeckung von Amtsmissbrauch und Korruption von einem Tag zum anderen in der Rolle der Angeklagten und überführten Delinquenten wiederfanden. Diese Revolution war bei all ihrer Friedlichkeit eben nicht gewaltlos, denn jene Gewalt wurde wiedererweckt, die tatsächlich vom Volk ausgeht und die in der Lage war, die aus Pseudowahlen hervorgegangenen, nicht demokratisch legitimierten Macht- und Befehlshaber das Fürchten – und Aufgeben zu lehren.

Jena war – obwohl keine Großstadt, in der, begünstigt durch eine größere Bevölkerungszahl, politische Turbulenzen in Verbindung mit Demonstrationen großer Menschenansammlungen, mit Massenprotesten aller Art und konspirativer Gruppenbildung besonders nahe gelegen hätten – Jena war dennoch ein Terrain mit einer Tradition vielfältiger politischer, ideologischer Widerspenstigkeit, mit Aufbegehren, konspirativer Subversion und politischer Untergrundtätigkeit in getarnten Zirkeln, mit der Weitergabe und Vervielfältigung von Konterbande aller Art, und es war eine Produktionsstätte mehr oder weniger clandestiner, untergründiger, aufsässiger und hintergründiger Literatur. Zweifellos gab es hier häufiger als anderswo die Bereitschaft zur Widerständigkeit – zum verstockten Neinsagen, zu politischer Abkehr und offen gezeigter Aversion. „Ein Zentrum stabiler Opposition“ nennt ein Zeitgenosse die Stadt Jena, und zwar sei sie dies schon seit den Zeiten der Sowjetischen Besatzungszone gewesen (Jahn, *Gift*, S. 16). Auf „eine Kontinuität der Auflehnung und des Protestes individueller und kollektiver Art“ könne die Universität verweisen, heißt es bei Gottwald und Ploenus (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 9), und Kowalczuk nennt Jena „die heimliche Hauptstadt der Opposition“ (Kowalczuk, „*Gegenschlag*“, S. 17). Bürgerliche Professoren wie Heussi, Leisegang und Brednow seien es gewesen, die in den endvierziger bis sechziger Jahren die „Fahne der akademischen Freiheit“ hochzuhalten versucht hätten (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 9).

Bei der Verfassungsabstimmung vom 6. April 1968, bei der das zweite Mal seit dem Mai 1949 und zwischen 1950 und 1990 das einzige Mal die Möglichkeit bestand, auf einem Stimmzettel „ja“ (rechts oben) und „nein“ (links unten) anzukreuzen, wenn auch angesichts der stillschweigenden Nötigung zur offenen Stimmabgabe – damals also lag ein *thüringischer* Wahlkreis bezüglich des Anteils der Neinstimmen an der Spitze: der Wahlkreis Worbis mit 11,18% Neinstimmen, gefolgt von Berlin, Prenzlauer Berg (11,08%), und vom Wahlkreis Jena Stadt mit 10,99%. Auf dem vierten Platz rangierte Berlin-Mitte (10,34%). Alle anderen Abstimmungsergebnisse übersprangen die Zehnprozentgrenze nicht. Für die gesamte DDR wurden 409329 Neinstimmen gezählt, das waren rund fünfeinhalb Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen. Diese Resultate sollte man wohl als real, das heißt: nicht (oder kaum?) manipuliert einschätzen dürfen, sie galten jedenfalls für DDR-Verhältnisse bereits als sensationell – angesichts der üblicherweise gefälschten Wahlergebnisse, die stets in die nächste Nähe der Hundertprozentgrenze „angehoben“ wurden. Denn eine erhebliche Mutprobe war es allemal, auch bei dieser erleichterten Markierungsmodalität in offener Stimmabgabe eine Neinstimme zu produzieren. Konnte doch immerhin noch aus einiger Entfernung am Tisch festgestellt werden, ob der Stift in der rechten oberen Ecke des Stimmzettels – beim Ja – oder in der linken unteren Ecke, diagonal gegenüber also – beim Nein –, zum Ankreuzen angesetzt wurde. Man lief also Gefahr, beobachtet, ertappt und registriert zu werden – es sei denn, man hätte, wie viele es an diesem Tag wahrscheinlich taten, geistesgegenwärtig den Zettel um 180 Grad gedreht, somit auf den Kopf gestellt, so dass nunmehr der Neinkreis rechts oben zu liegen kam. Wer das so gehandhabt hatte, war freilich gegen die nachträgliche Angst vor der eigenen Courage nicht gefeit, so sehr er sich im ersten Moment auch über seinen Mut und seine Geistesgegenwart gefreut haben mochte. Ich erinnere mich genau, nach dieser Tollkühnheit – so kam es einem vor – auf Jahre hinaus nach Indizien dafür gesucht zu haben, dass man uns, weil es evidente politische Behinderungen im beruflichen Fortkommen gab, wohl doch beobachtet und als Verfassungsgegner registriert habe. Perfekionierte Tarnung und Mimikry in beruflichen Situationen, zumal dann, wenn politische Urteile abverlangt wurden, ergaben sich aus solchen durchaus furchtsamen Überlegungen – gerade bei denen, die etwas zu verbergen hatten.

Man mag bei der Vorgeschichte des universitären Umbruchs auch an noch früheres Geschehen in Jena denken: zum Beispiel an die liberale Hochschulgruppe der Universität mit dem 1952 zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilten Hermann Marx – mit mehr als 110 Jahren Freiheitsstrafe für die gesamte Gruppe – oder an die sehr weit gehenden widersetzlichen, widerständigen Aktionen des Eisenberger Kreises, dessen führende Köpfe, der Medizinstudent Thomas Ammer zu 15 Jahren sowie die Studenten Herrmann und Frömel zu je 14 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurden (insgesamt 24 Urteile mit 114 Jahren Freiheitsstrafe). Es waren Rufe nach Freiheit und Demokratie – mit der Zulassung von politischer Opposition – in einer Zeit massenhafter politischer Prozesse, in denen auf fingierte Anklagen hin unverhältnismäßig hohe Freiheitsstrafen gegen tatsächliche oder erfundene politische Gegner an der Tagesordnung waren. Nachdem die erzwungene offene Stimmabgabe vor Gründung der DDR bei den 3. Volkskongresswahlen im Mai 1949 erprobt wor-

den war, später dann noch verbunden mit der notorischen Fälschung der Ergebnisse, mutete es aussichtslos an, eine „gültige“ Neinstimme zu erzeugen. Jede „Wahl“ brachte dem so genannten Wähler seine politische Entmündigung auf depressierende Weise zu Bewusstsein.

An der Universität gab es stets virulente Minderheiten politisch widerstrebender Gleichgesinnter, zwischen denen sich in den sechziger, siebziger Jahren mehr oder weniger engmaschige Beziehungsnetze entwickelten. Kirchliche Bindung leistete solchen Verknüpfungen Vorschub. Und selbst in der für alle Hochschullehrer der Universität obligatorischen Marxistisch-Leninistischen Abendschule, die meist nur schwer, mit Aversion zu ertragen war, lernten sich Gleichgesinnte kennen und wurden persönliche Verbindungen geknüpft oder sogar Freundschaften begründet, die sich in der Zeit des Umbruchs als besonders produktiv erwiesen. Hier hatte das Regime nolens volens eine Geburtsstätte der Beziehungen zwischen potenziellen künftigen Überwindern des von der Diktatur installierten universitären Establishments geschaffen.

Aber es hatten sich auch kreative Nischen von halböffentlichem Charakter gebildet, gerade in der Zeit nach dem Mauerbau. Gesprächsräume wurden eingerichtet, in denen die quälenden Defizite einer fehlenden öffentlichen Kommunikation über zentrale existenzielle Probleme zu kompensieren waren. So hatten sich Hochschullehrer, Ärzte, Geistliche – über die Konfessionen hinweg – auf Anregung des Theologen Hans-Peter Hertzsch und des Internisten Dietfried Jorke bereits 1963 in einem Gesprächskreis von zunächst stattlichem Ausmaß zusammengefunden. Aus ihm ging 1965 die Arbeitsgemeinschaft „Arzt und Seelsorger“ hervor. Man besprach dort in etwas verkleinerter Runde mit etwa 20 Teilnehmern sehr gezielt brennende Existenzfragen. Vier Hauptgruppen von Themen lassen sich erkennen, Problembezirke, wo die Ignoranz der Ideologie besonders frustrierend wirkte: *Der Kranke und seine Krankheit, Lebenshilfe, Menschenbild, Gemeinschaft*. „Der Kranke und seine Krankheit“ war der Titel einer Abhandlung des Internisten Professor Walter Brednow, 1961 publiziert in der Schriftenreihe der Hallenser Akademie Leopoldina. Wegen dieses Vortragstextes hatte der Verfasser 1960 und später erhebliche politische Attacken, vor allem in der universitären Öffentlichkeit zu ertragen gehabt.

Als kreatives Gedankenforum gedacht, widmete sich der Kreis „Arzt und Seelsorger“ zentralen existenziellen Fragen, für die gerade nach dem „Mauerbau“ [...] mit der „zunehmende[n] Indoktrinierung aller Lebensbereiche durch den Marxismus-Leninismus“ und mit dem herrschenden „platten Materialismus“ keinerlei Möglichkeit in öffentlichen Debatten zu sehen war. „Fragen wie Schuld, Krankheit, Krankheitsbewältigung, Sterben, Sterbebegleitung, Tod, Trauer, wurden gar nicht verbalisiert“ – eine bedrückende Situation, so Dietfried Jorke 2009 (in einer Sendung des Südwestdeutschen Rundfunks mit dem Titel „Gegen jeden Strom“). Bis 1988 fanden 117 protokollierte Veranstaltungen statt. Dietfried und Gisela Jorke beschreiben die Arbeitsgemeinschaft als „eine Vereinigung von Menschen, die sich entschlossen hatten, in der DDR zu bleiben, um hier in Verantwortung für die uns anvertrauten Menschen da zu sein und zu wirken sowie unsere Grundwerte und Leitvorstellungen weiterzutragen. Unsere kritische Sicht der Verhältnisse in der

DDR war den Funktionären [...] wohl bekannt, denn wir machten im Reden und Tun keinen Hehl daraus. Als dann die Zeit zur Wende herankam, wurden viele Mitglieder auch politisch aktiv und engagierten sich in der Protestbewegung.“ Das Motto des Theologen Klaus-Peter Hertzsch: „Entängstigen und ermutigen“ stand über dem „Wissens- und Erfahrungsaustausch“, der auf die „Stärkung in Sinnkrisen“ und „Lebenshilfe für den Alltag“ orientiert war. (Jorke/Jorke, *Arbeitsgemeinschaft*, S. 94)

Auch studentische Aktionen in Jena erstreckten sich mehrfach über längere Zeitspannen. Antrieb mochte in den siebziger Jahren insbesondere das Aufleuchten von Mut und nachhaltigem Freiheitsbegehren zur Zeit der militärischen Okkupation in der Tschechoslowakei 1968 spenden, ein Aufbegehren mit nachhaltiger Wirkung, zumal nach den Selbstverbrennungen von Ryszard Siwiec in Warschau, Jan Palach in Prag und anderen. Ein Kreis von jungen Leuten, ehemalige Studenten der Universität, mit Jochen Friedel, Bernd Rolle, Bernd Ahrens, Klaus Adelhardt, Christian-Henry Crasser, auch mit dem bereits 1973 ausgewiesenen Reinhard Fuhrmann und anderen, etwa zwanzig Personen insgesamt, trafen sich zu politischen Grundsatzdebatten eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und formulierten Texte („Jenaer Plattform“). Sie waren Anfang der siebziger Jahre in Jena ins Visier der Staatssicherheit geraten. Die Observation ist in den Stasi-Akten zum operativen Vorgang „Revisionist“ (Scheer, *Vision*, S. 11) festgehalten. Der hohe Grad der geheimdienstlichen Aufmerksamkeit und die kontinuierliche Aktenführung lassen erkennen, welche Ansteckungskraft die sozialistische Diktatur solchen Gruppen beimaß, zumal sie auch überregional – mit Gleichgesinnten in Halle, Berlin, Erfurt – agierten. Im Abschlussbericht der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit Gera heißt es dazu mit Datum vom 27.10.1981: „Im Operativ-Vorgang ‚Revisionist‘, Reg.-Nr. X/39/74 wird seit Januar 1974 eine feindlich-negative Gruppierung von [...] ehemaligen Studierenden der Friedrich-Schiller-Universität bearbeitet, die beabsichtigte, unter Missbrauch der kulturellen Betreuung von Lehrlingen und Jungfacharbeitern Jenaer Großbetriebe sowie anderer gesellschaftlicher Bereiche revisionistisches, trotzkistisches und antisozialistisches Gedankengut zu verbreiten und schrittweise eine Massenbasis für feindliche Aktivitäten gegen den in der DDR real existierenden Sozialismus zu erlangen. Dabei bedienten sie sich evolutionärer Modelle von der ‚friedlichen Umwandlung‘ des Sozialismus im Sinne des von führenden imperialistischen Ideologen geprägten ‚Marsches durch die Institutionen‘.“ (BStU, MfS, BV Gera, AIM, Arch.-Nr. 1205/81, T. V, Bd. IX, Bl. 125)

Die Staatssicherheit hatte erreicht, dass erfolgreiche „Vorbeugungs-/Verunsicherungs-, Zurückdrängungs- und Zersetzungsprozesse“ als operative Abwehrmaßnahmen „keine gesellschaftliche Einflussnahme“ dieser Personen mehr zuließen „und sie am ‚langen Marsch durch die Institutionen‘ überall dort, wo sie ihn zu vollziehen beabsichtigten mit differenziertem operativen Ergebnis gehindert wurden und somit keine meßbare Feindtätigkeit mehr feststellbar ist“. (ebd., Bl. 143) Doch es reichte offenbar ein wichtiger Brückenbogen von 1968 – der Wirkung der „Dubček-Clique“ – bis in das politische Denken der achtziger Jahre hinein. Dass mit solcherlei Postulaten – zugunsten eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ – für die Herrschenden bereits ein hoher Grad der politischen Feindtätigkeit

erreicht war, nimmt heute wunder. Verwunderlich ist auch, dass trotz einer strafrechtlichen Würdigung dieses Verhaltens mit genauer Feststellung der Gesetzestexte aus dem Strafgesetzbuch der DDR dann schließlich doch aus *strafpolitischen Gründen* auf die Strafverfolgung verzichtet wurde (!).

Von kürzerer Dauer war die Wirkung eines Literaturzirkels in den siebziger Jahren, und zwar des „Arbeitskreises für Literatur und Lyrik“ im neuerbauten Kulturhaus Jena-Neulobeda, den 1973 der Student der Germanistik und Geschichte Lutz Rathenow, gegründet hatte, angeregt von Edwin Kratschmer, dem Herausgeber der mit staatlichem Misstrauen beobachteten Jugendlirik-Anthologien „Offene Fenster“. Dieser Kreis agierte mit studentischer Beteiligung – Jürgen Fuchs, Lutz Rathenow, Siegfried Reiprich, Udo Scheer – sowohl innerhalb der Universität als auch in ihrem Umfeld. Als bald sahen sich die ideologischen und politischen Wächter auf den Plan gerufen. „Das Klima schien günstig für eine Gegenkultur“ und sogar der „verbotene Wolf Biermann gab Hauskonzerte“; Jürgen Fuchs „wirkte beratend und meinungsbildend im Hintergrund. Verbotene Bücher von Ernst Bloch, Heinrich Böll, Robert Havemann und anderen kursierten ebenso wie Schreibmaschinenabschriften mit Gedichten von Thomas Brasch, Günter Kunert, Reiner Kunze [...]“ (Scheer, *Verhalten*, S. 2196). Studenten, Lehrlinge und Jungfacharbeiter, etwa dreißig, kamen nahezu wöchentlich in „diesem wohl einmaligen Arbeitskreis“ zusammen, um über eigene und neuere polnische, tschechoslowakische, lateinamerikanische Literatur zu diskutieren. Nicht lange dauerte es, bis die Staatssicherheit mit dem operativen Vorgang „Pegasus“ dem Arbeitskreis zuleibe ging und Zersetzung, wie üblich, betrieb, so dass 1975 die Selbstauflösung des Arbeitskreises beschlossen wurde (ebd.). Die SED-Parteigruppenleitung der Sektion Geschichte hatte Lutz Rathenow schon zuvor unter Druck gesetzt, seine Exmatrikulation, u. a. durch den Sektionsdirektor Siegfried Schmidt vollzogen, erfolgte 1977. Jürgen Fuchs befand sich schon 1976 in politischer Haft im Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen und wurde 1977 ausgebürgert und abgeschoben. Ähnlich erging es Siegfried Reiprich, schon als Oberschüler 1973 Mitglied des Arbeitskreises Literatur und Lyrik, verweigerte er die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. 1975 begann er ein Philosophiestudium an der Sektion für Marxistisch-Leninistische Philosophie, wurde jedoch – als Kritiker der Okkupation der Tschechoslowakei 1968 – nach einem Disziplinarverfahren für dauernd vom Studium „an allen Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR“ ausgeschlossen, und 1981, kurze Zeit nach dem Tod von Matthias Domaschk am 12.4.81 im Stasi-Untersuchungsgefängnis Gera, ausgebürgert und zusammen mit seiner Ehefrau in den Westen abgeschoben.

Roland Jahn, Student der Wirtschaftswissenschaft, wurde wegen seines Protestes gegen die Biermann-Ausbürgerung 1977 exmatrikuliert. (Man bewertete seinen Protest als einen gröblichen Verstoß gegen die Studiendisziplin.) Die Studierenden seiner Seminargruppe, durchaus nicht einhelliger Meinung bezüglich seiner „Verurteilung“, wurden so lange bearbeitet, bis sie alle zustimmten. Seinen Wunsch, 1979, nach Löschung der „Disziplinarmaßnahme“ sein Studium wieder aufzunehmen, ignorierte die Universität. Schließlich wurde er als Anhänger und Propagandist der polnischen *Solidarność* und als Kritiker des Kriegsrechts in Polen sowie als

Mitbegründer der Jenaer Friedensgemeinschaft 1983 nach mehreren Verhaftungen zu einem Jahr und zehn Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, schließlich ausgebürgert und mit Gewalt über die Grenze gebracht. Er war 1982 auf dem Rad mit einem rot-weißen Plakat, der polnischen Flagge, durch Jena gefahren, worauf zu lesen war: „SOLIDARNOŚĆ Z POLSKIM NARODEM“ („Solidarität mit der polnischen Nation“). Der Jenaer Opposition blieb er immer nahe und hatte sich Jahre später, 1985, sogar einmal unerkannt von Berlin aus nach Jena und wieder zurück bringen lassen.

All dies gehört insofern zu den Präliminarien von 1989, weil das für die universitäre Zukunft entscheidende politische Handeln von der dritten Oktoberdekade 1989 an vorwiegend von Personen ausging, die um den stalinistischen Staats- und Parteiterror in der Frühzeit der DDR ebenso wie um spätere politische Repressionen wussten. Viele erinnerten sich genau genug daran, mit welchem einschüchterndem Druck politische Zustimmung erpresst wurde – durch die Nötigung zur offenen Stimmabgabe bei Wahlen beispielsweise, schon im Mai 1949, Monate vor Gründung der DDR, oder gegen welche kulturpolitischen Restriktionen sich künstlerische Kreativität – vielfach erfolglos – zu stemmen hatte, zumal dann, wenn sie kritische Regungen erkennen ließ, so in den sechziger und siebziger Jahren. Gerade in der Literatur, voran in der Lyrik, gewannen seit den frühen sechziger Jahren erhebliche geistige Bewegungskraft und Bewegungsfreude Raum, die der ideologischen Uniformierung des Lebens deutlich widerstrebten.

Von derartigem Geschehen hatten die Studenten der endachtziger Jahre schwerlich Kenntnis; ein Traditionsbewusstsein, das sich von den Erfahrungen und dem Wissen um diese frühe politische Renitenz herleitete, konnte also bei ihnen nicht aufkommen. Was die Details früherer Ereignisverläufe im Einzelnen angeht, so wussten ältere Hochschullehrer viel mehr und Genaueres, allerdings meistens wohl dennoch nicht alles. Man erkennt jedoch eine Kontinuität der Widerständigkeit und des Aufbegehrens, eine „Tradition universitären Protestes“ bereits seit der Wiederöffnung der Universität 1945 (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 9). Die Prager Geschehnisse von 1968/69 sorgten, wie gesagt, für langlebige Anstöße, die kritische Helligkeit des Reformdenkens und mehr noch das Aufleuchten des tschechischen und slowakischen Freiheitswillens und Mutes in den Tagen der Okkupation speisten nachhaltig die Energien der Andersdenkenden – bis in die Endphase der DDR 1989. Und man begriff die späten Nachwirkungen der stalinistischen terroristischen Besatzungsdiktatur in der DDR als Element der politischen Lebenserfahrung vor allem jener Generation, die Krieg und Nachkrieg noch am eigenen Leibe zu spüren bekommen hatte und sich nach dem Untergang der einen Diktatur in einem sowjetischen Protektorat mit einem deutschen Marionettenregime wiederfand, dessen Fortbestand nur durch die dauerhafte Präsenz der Roten Armee gewährleistet wurde. Auf diese weit zurückliegenden Erfahrungen sei – so bekamen wir von politisch im Erneuerungsprozess der Universität agierenden Studenten der Umbruchzeit gesagt – zu oft hingewiesen worden. Sie wollten davon nichts mehr hören. (Schieck, *Vergangenheitsklärung*, S. 228)

Mit der DDR-Staatsbürgerschaft leben hieß zweifellos – falls man, wie vermutlich sehr viele in den ersten zwei Jahrzehnten, im Dissens mit den politischen Gegebenheiten und Dogmen lebte – auf alles gefasst zu sein, ein Lebensgefühl, für das

schon lange vor Gründung der DDR im Oktober 1949 nach der Erfahrung mit fehlender Rechtssicherheit gesorgt war. Inhaftierungen und clandestiner Strafvollzug, spurloses Verschwinden geschahen willkürlich, auf Denunziationen oder auf politische Bagatellen hin – wie Witze-Erzählen und allgemeine kritische Äußerungen. In den vierziger bis sechziger Jahren akkumulierte sich die quälende Lebenserfahrung derer, die sich als politisch „Erniedrigte und Beleidigte“, auch als „Verratene“ und „Abgeschriebene“ erlebten, weil sie – zum Beispiel – in undemokratischen, zynischen Wahlprozeduren als ohnmächtige, missachtete, ausgelieferte und nichtige Menschen zu sinnloser Stimmabgabe genötigt wurden und, rigoroser staatlicher Gewalttätigkeit ausgeliefert, keinerlei politischen Beistand von außen, durch den „Westen“ erwarten konnten. In den üblichen politischen Erpressungsprozeduren erfuhren allzu viele an Leib und Seele die Menschenverachtung der totalitären Staatsmacht, die von ihnen die perfekte politische Lüge und Verstellung, sprich: die geheuchelte Anpassung und politische Zustimmung, nämlich das perfekte, ehrlich erscheinende Lippenbekenntnis forderte. Das hieß auch vielfach: im andauernden Dilemma existieren, auf die Autonomie und Souveränität des Individuums und seine Würde verzichten und politisch ein schizoides Dasein führen, in einer fatalen Rollenteilung, mit Tarnung und Mimikry. Denn schon vor der Gründung der DDR gehörte das Verbergen des politischen Dissenses zur Überlebensstrategie; die Nötigung zum sozialistischen Glaubensbekenntnis war ritualisiert und fand auch halböffentlich in Klassenzimmer und Seminarraum statt. Spätestens seit 1968 gingen aber die Risse der zornigen Abwehr immer häufiger mitten durch das brüchiger gewordene politisch-weltanschaulich Überzeugungsgefüge, sogar mitten durch das Bewusstsein vieler Protagonisten der SED-Parteilichkeit und zuweilen verliefen die Risse mitten durch politische Führungskollektive oder sogar mitten durch – schizoide – Funktionärspersönlichkeiten.

Dergleichen geschah in einer immer katastrophaler anmutenden Zeit, als der bauliche Verfall in den Städten und auch an den Universitäten dramatisch geworden war – Indikatoren eines Niedergangs, dessen deprimierendem Eindruck sich niemand zu entziehen vermochte. In Jena beispielsweise erfolgte eine Kürzung der staatlichen Baukapazitäten an der Universität von 1,3 Millionen Mark 1972 auf 0,38 Millionen Mark 1974; das ist sage und schreibe in zwei Jahren ein Rückgang um rund 70 Prozent. Unter solchen Bedingungen seien – so hieß es in jenen Jahren – Arbeits-, Brandschutz und Sicherheitsaufgaben nicht mehr realisierbar. (Mestrup, *Ära*, S. 386). Eminent katastrophale Verhältnisse doch wohl, woran ambitionierte Neubauprojekte, etwa das neue Klinikum, KIM, erkaufte durch Vernachlässigungen anderweitig, oder auch so etwas wie der Palast der Republik in Ostberlin nichts änderten. 1980 untersagte der Minister „Informationen und Veröffentlichungen zu Investitionen“ an der Universität (Mestrup, *Ära*, S. 387). Studentinnen unter anderem aus der Sektion Sprachwissenschaft hausten nach wie vor, wie seit vielen Jahren, in Zwätzener Holzbaracken unter Lagerbedingungen – bis zu acht in einem Zimmer, für alle zusammen nur ein Tischchen, das kaum zweien Platz zum Arbeiten bot. Auch Schreibarbeiten wurden überwiegend im Bett erledigt, Lektüre ohnehin. Politisch gleichgesinnte Kollegen begrüßten sich mit der Formel: „Die müssen weg!“ Die Situation war in den achtziger Jahren so, dass selbst SED-Mitglieder

über das Weiterwursteln unter solchen Bedingungen äußerten: „Es ist ein Verbrechen!“ Die Zeichen standen schon lange vor dem neunundachtziger Umbruch auf Zusammenbruch – doch eher auf Paralyse statt Sturm. In den achtziger Jahren vergrößerten sich aber, schon vor Gorbatschow und trotz Stasi-Aufblähung, dennoch die Chancen, da und dort subversive Wirkung zu entfalten und häufiger werdende Überwachungslücken zu nutzen.

ANLÄUFE 1988

In der folgenden Darstellung einiger Vorgänge von 1988 an lassen sich gelegentliche Rückgriffe bis in die frühen achtziger Jahre hinein nicht vermeiden; es werden auch nur bezeichnende Facetten sein, die ich herausgreife. Der erheblichen Verärgerung – nicht nur der Studenten – über das Verbot der deutschen Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift *Sputnik* widme ich nur einen Seitenblick. Als eine Art Reader's Digest des Ostens war der *Sputnik* nunmehr auch ein Spiegel der demokratischen Erneuerungsimpulse und des kritischen Antistalinismus in der Sowjetunion der Gorbatschow-Zeit, somit vom Neuen Denken und von den Impulsen der *Perestroika* geprägt. Tabus der Geschichtsschreibung wurden gebrochen, weil der Text des geheimen Zusatzabkommens zum Hitler-Stalin-Pakt in der Oktobernummer 1988 in zwei Artikeln nachzulesen war. Das nannte die SED im gewohnten polemischen Jargon Entstellung der Wahrheit und verzerrende Geschichtsdarstellung. Vom Schock über das Verbot angestoßen, sammelte sich sehr rasch ein beträchtliches Protestpotenzial an, das einen nicht geringen Teil des Treibstoffs für späteres noch energischeres Aufbegehren – zum Beispiel bei der Wahlfälschung vom Mai 1989 – lieferte. Doch auch jetzt schon suchte der Protest öffentlichen Ausdruck: Es wurden zahlreiche Briefe geschrieben, von Lehrkräften und Studenten, mit einer Deutlichkeit der politischen Kritik, für die es in den achtziger Jahren kaum Präzedenzfälle gab. Im Verdikt gegen den *Sputnik* im *Neuen Deutschland* vom 25. November 1988 war unter dem Titel *Gegen die Entstellung der historischen Wahrheit* von „[v]erzernte[n] Darstellungen der geschichtlichen Leistung des Sowjetvolkes“ die Rede. Die Studentin der Germanistik und Geschichte Petra Weigel hatte sich bereits am 22. November mit einem Brief an den Ministerrat der DDR gewandt, der mit dem Satz und der rhetorischen Frage schloss: „Es gehört zur Lebensqualität einer sozialistischen Persönlichkeit, daß sie die Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung sowie zur engagierten und bewußten Teilnahme an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse besitzt. Ist die Streichung des *Sputniks* nicht eine Absage an die Bewußtseinsqualitäten der Bürger der DDR?“ (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 29, Dok. 4)

Das Manuskript für die Probenummer einer unabhängigen Studentenzeitung nahm bereits den Tenor des *Reformhauses* vorweg. Der Vorschlag der Sektionen Biologie, Mathematik und Psychologie wirkte als Warnruf: „[E]s muß sich etwas ändern – einschneidend.“ So stand es wie ein Motto herausblitzend im Leitartikel der Probenummer vom 15. Mai 1989 (ebd., S. 43, Dok. 15). Öffentlicher Meinungsstreit über die „die Studenten unmittelbar bewegenden Probleme“ sollte statt-

finden, über eine „Studienreform von unten“, Studienbedingungen, sozialistische Demokratie – damit Verbandswahlen, Kommunalwahlen – und anderes mehr sei öffentlich zu debattieren (ebd., S. 44). Ein Gorbatschow-Wort zur Verantwortung der Jugend „für die friedliche Zukunft der gesamten Zivilisation“ wurde zitiert und die Ergebnisse von Umfragen zum Studium aus den Sektionen Psychologie, Chemie und Theologie publik gemacht. In einer operativen Analyse der KD Jena des MfS vom 19. Juni 1989 werden dort behandelte Probleme (fehlende Studentenwohnungen, Erhöhung der Effektivität des Studiums, die Initiative „Ambulancia“, Räumlichkeiten für den Studentenklub) angeführt und die Namen von Initiatoren (Hauer, Boas, Schrader) sowie von Verfassern (Herzog, Reifarth) genannt. „Im Zusammenwirken mit der UPL der FSU“, heißt es mit Genugtuung, „wurde die Herausgabe einer gesonderten Studentenzeitung [...] abgelehnt.“ (ebd., S. 52 ff.)

Der ideologische Blitz meines Essays „*Versuch über die Utopie der Exaktheit*“ in „*Sinn und Form*“ (im Jahrgang 1988 gedruckt, ausgeliefert erst im Frühjahr 1989), galt Vertretern eines marxistischen Menschenbildes als durchaus suspekter, wenn nicht pessimistische oder wenigstens skeptische Proklamation zur schier hoffnungslosen menschlichen Überforderung angesichts der so genannten wissenschaftlich-technischen Revolution, auf die das immer noch vorwiegend naive sozialistische Fortschrittsdenken so sehr baute. Nach dem Erscheinen dieses Essays suchten Germanistik-Studenten das Gespräch mit mir. Es kam zu Gesprächsgruppen in der Universität und zu einer von den Studenten angeregten Veranstaltung im Haus auf der Mauer, wo ich Teile meines im Entstehen begriffenen Essays *Der Stadtmensch* (1988/89) las und mit Germanistik-Studenten diskutierte. Wenig später lud mich eine Dramaturgin des Deutschen Theaters Berlin, Eva Walch, zu einem Gespräch mit Schauspielern der in Arbeit befindlichen Inszenierung des sowjetischen Stückes *Die Entenjagd* von Alexander Wampilow nach Berlin ein, weil sie bei mir eine Art theoretisches Rüstzeug zu finden glaubte, das für die künstlerische Bewältigung existenzieller Fragen in diesem Stück wichtig war und sich fern des gängigen ideologisch kanonisierten Menschenbildes artikuliert. Einige meiner literarischen Arbeiten waren in der ersten Hälfte der achtziger Jahre nach hartnäckigem Ringen um die Publikation erschienen, zum Beispiel die Debüt-Erzählung *Molt oder Der Untergang der Meltaker* (1982), wenig später der utopische Roman *Weltbesteigung* (1984). *Molt* hatte in der Universität rasch die Runde gemacht, auch bei Kollegen, die der SED angehörten, von denen manche mir sogar zum Erscheinen des Buches gratulierten, obwohl oder gerade weil sie Subversives in dieser parabelhaft verfremdeten Geschichte eines Historikers verspürten, der über der Entdeckung eines Genozids der Antike im Begriff ist, an der menschlichen Existenz oder am tragisch-entsetzlichen Gang der Geschichte zu verzweifeln. Dass fünf Sklavenhalterstaaten eine friedfertige, ohne Sklaverei prosperierende waffenlose Völkerschaft durch eine Militäraktion auslöschen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, diese Aktion wurde auch und besonders in Polen und in der Tschechoslowakei als eine kaum kaschierte Bezugnahme auf die Liquidierung des Prager Frühling verstanden.

Der Roman *Weltbesteigung* tat noch wesentlich stärkere Wirkung; er bot eine Zivilisationskritik, die sich nicht zuletzt gegen die kommunistische naive Fort-

schrittsgläubigkeit richtete, war „Gegendiskurs“ im Kleid einer Antiutopie. Das Buch erregte Aufsehen, sogar in SED-Kreisen, hatte aber etliche Jahre gebraucht, um trotz eines ideologisch vernichtenden Gutachtens des Lehrstuhlinhabers für Gesellschaftsprognose am Institut für Gesellschaftswissenschaften des Zentralkomitees der SED, Bernd Bittighöfer, erscheinen zu können. Die Erzählungssammlung *Kilidone und andere Merkwürdigkeiten*, 1986 wider Erwarten erschienen, nannte Barbara Siebert, Ehefrau des Superintendents in Jena und Mentorin des Jenaer Friedenskreises, „einen Aufruf zur Revolution“. Mit einem weiteren Roman-Manuskript (*Sein und Bleiben*), der Gefahr der nuklearen Weltvernichtung gewidmet, beschäftigte sich jedoch ab 1983 die Staatssicherheit, Kreisdienststelle Rostock – gut informiert von meinem Lektor (IM „Heinz Kade“) beim Hinstorff Verlag. Das Interesse der Staatssicherheit an mir gipfelte in einem „zielgerichteten IM-Einsatz zur Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit“, womit die Kreisdienststelle Jena beauftragt wurde. Der Roman ging nach jahrelanger Verzögerung und einer Odyssee durch andere Verlage schließlich 1989 bei Hinstorff in Druck, wurde aber erst 1990 ausgeliefert und somit um jegliche Wirkung gebracht.

Als Leiter des Internationalen Ferienkurses der FSU für Germanistik in Weimar 1987 und 1988 las ich in Abendveranstaltungen subversive Prosa und Lyrik und nahm es mir heraus, in meiner Eröffnungsrede des Kurses 1988 – wiederum ungestraft – eine Lanze für Perestroika und Nowoje myschlenije (Neues Denken) zu brechen. Dies mochte als Signal einer verringerten ideologischen Kontrolle spätestens ab 1985, dem Gorbatschowjahr, oder auch als Anzeichen zunehmender politischer Toleranz gelten. Ein Coup war es geradezu, im September 1989 innerhalb der so genannten „Roten Woche“ für die Studierenden im Rosenkeller eine Lesung veranstaltet zu haben, und zwar größtenteils mit subversiver, nicht publizierter (nicht publizierbarer) kleiner Prosa, so aus einem Zyklus *Land der Lüge* (1987). Eine Kollegin aus der Sektion Sprachwissenschaft, Dr. Christine Römer, hatte dies vermittelt und mich darum gebeten. Die Wirkung solch rhetorischer Deutlichkeit war jedenfalls stark – aber die studentischen Hörerinnen und Hörer, verduzt, ja betreten, wagten es im nachfolgenden Gespräch nicht, sich zu äußern.

Offene Aufsässigkeit oder Ungeduld von Studenten sowie nachdrückliche Wortmeldungen von Mitarbeitern und Hochschullehrern sorgten im Vorfeld des Umbruchs für Unruhe, schon 1988: Empörung wegen der Verleihung des Karl-Marx-Ordens an den rumänischen Diktator Ceaușescu veranlasste die FDJ-Leitung der Theologiestudenten, am 21. November 1988 einen Brief an die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ zu schreiben, in dem weniger die Verleihung des Ordens zur Debatte stand, als viel mehr die fehlende Offenheit der Berichterstattung über die wirkliche Lage in Rumänien. Dies hatte das „Befremden und Erschrecken“ der Briefschreiber, von dem die Rede war, geweckt (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 28, Dok. 3). Sie benannten mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ, die „katastrophale Versorgungslage“ in Rumänien, die sie aus eigener Erfahrung kannten, charakterisierten das „autoritäre und repressive politische System“, „das nicht unseren Vorstellungen von einer sozialistischen Demokratie entspricht“. Sie wussten nicht nur um die „Verletzung der Rechte nationaler Minderheiten“, sondern hatten

auch „krasse Einschränkungen der Möglichkeiten rumänischer Bürger zur Begegnung und Kontaktaufnahme mit Menschen anderer Länder erlebt (zum Beispiel keinerlei Möglichkeit der Einladung rumänischer Bürger in die DDR, Verbot privater Übernachtungen für Ausländer)“. Hinter solcher Anprangerung von Missständen in einem „sozialistischen Bruderland“ spürt man natürlich den Seitenblick auf die Repressionen in der DDR. (ebd.)

An der Universität Jena wuchs die immer deutlicher und nachdrücklicher werdende politische Kritik als auffallendes Signal nahender Stürme durchaus im engeren politischen Kreis der SED-Parteigruppen und der FDJ. Rundum freilich hatte sich schon über Jahre hinweg – seit Gorbatschow – mehr und mehr eine mit Missmut und Verdrossenheit angereicherte Ungeduld epidemisch verbreitet, und es gab sie fast überall: Die getäuschten Erwartungen hinsichtlich gesellschaftlicher Umgestaltung von größerer Tragweite, deren Notwendigkeit seit Jahren geradezu in der Luft lag, erregten Zorn, zumal in nächster Nachbarschaft, in der Sowjetunion nämlich, von der zu lernen – einem alten Propagandaspruch gemäß – „siegen lernen“ hieß, eine gesellschaftliche und politische Dynamisierung stattfand, die man noch vor kurzem, etwa Anfang der achtziger Jahre, auch nicht im Entferntesten für möglich gehalten hätte. Der Übergang von der fortschreitenden kritischen Schärfe, die sich bei vielen auch mit ideologischer Aversion verband, zur Empörung fand immer öfter statt. Angesichts rigoroser Äußerungen wie der erwähnten („Die müssen weg!“) schieden sich denn auch zuweilen die Geister. Ich erinnere mich an Diskussionen unter Gleichgesinnten, noch im Frühjahr 1989, bei denen die einen meinten, jegliche Reform müsse ohne die SED angegangen werden, während andere glaubten, Erneuerung sei nur im Zusammenwirken mit der SED und mit ihrer Hilfe, beginnend mit innerparteilichen Reformen, denkbar.

Der nachdrückliche politische Wille, bei FDJ-Wahlen geheim, demokratisch zu wählen, regte sich 1988 als Signal neuer politischer Willensbekundung der Studierenden und als Vorbote autonomen Handelns – bei den Mathematikern zuerst. Im September 1988 beschäftigte sich die SED-Gruppe der Mathematikstudenten mit dem Wahlmodus bei FDJ-Wahlen und beabsichtigte, „das Wahlprozedere demokratischer zu gestalten“, so etwa die geheime Stimmabgabe zu ermöglichen. „Geheime Wahl – ja oder nein – die Auseinandersetzung darüber war ungewöhnlich hartnäckig, bis schließlich selbst der Zentralrat der FDJ in Berlin eingeschaltet wurde [...]. Letztlich wurde ein Modus gefunden, offen und im Block abzustimmen, jedoch durch eine Art Permutation der Blöcke de facto eine geheime Wahl durchzuführen [...]“. (so Axthelm, *Vergangenheitsklärung*, S. 213) Das Ergebnis sei eine „modifizierte Variante der geheimen Wahl“ gewesen. Das war eine durchaus couragierte, mutige Aktion, jedenfalls mehr als nur ein „Quäntchen“ Zuwachs an „kritischem Geist“, sondern ein tüchtiger Schuss gewachsenen Selbstbewusstseins, möchte man meinen (ebd.).

Der Mathematikstudent Holger Boas, FDJ-Sekretär der Sektion Mathematik, hatte in der ersten Nummer der Universitätszeitung *Sozialistische Universität* 1988/89, zum Studienjahres-Auftakt also, unter der unverfänglich klingenden Überschrift „FDJ-Aufgebot DDR 40 – was wollen wir damit erreichen?“ einige Sätze eingeschleust, die tief blicken ließen: Er wollte gerade nicht eine neue Kam-

pagne – denn bliebe dann nicht wieder „alles [...] beim alten, was in einer Zeit schneller Entwicklungen bedeutet, daß man immer weiter hinter den drängenden Fragen und Problemen zurückbleibt?! [...] Es geht also um einen umfassenden und tiefgreifenden Selbstverständigungsprozeß in der FDJ, darum, unser Verbandsleben von Grund auf zu demokratisieren und uns von allem zu trennen, was uns dabei stört. Wir wollen alles abbauen, was die Ideen und Initiativen der Basis hemmt.“ Hier also der Abbau und am Schluss in aller Deutlichkeit die „Umgestaltung“ als das deutsche Äquivalent des russischen Wortes *Perestroika*: „Nutzen wir“, hieß es da, „die Möglichkeit der Umgestaltung am Platz unseres Wirkens.“ Hätte er es russisch gesagt oder geschrieben, „Perestroika“ also, was damals durchaus üblich war – zumal, nachdem Gorbatschows gleichlautendes Buch bereits vorlag – dann hätte man höherenorts unverzüglich Einhaltung geboten und wohl den Abdruck untersagt.

Kai-Uwe Haase, Student an der Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie und Mitglied der FDJ-Universitätsleitung, riskierte in der Nummer 5 der *Sozialistischen Universität* (1988/89), also einige Wochen später, noch mehr, indem er anlässlich des Freiheitskampfes von 1813 auf die in der Gegenwart wirkende kämpferische Tradition der französischen Revolution hinwies – wohlgemerkt nicht der großen sozialistischen Oktoberrevolution –, in der er die Studenten auch heute sähe. „Die Kämpfe unserer Zeit“, hieß es da, „sind sicher ihrer Form nach friedlicher, aber wohl ebenso heftig [wie damals, 1813]. Der Sozialismus ist heute ganz allgemein in einer Phase des erneuten Aufbruchs. Vieles muß neu überdacht werden. Das geht natürlich nicht, ohne auf Widerstand zu stoßen. Das Alte ist zählebig und wird nicht ohne weiteres auf seinen Platz in unserer Gesellschaft verzichten. [...] Bei der Umgestaltung (!) unserer Gesellschaft muß niemand die Waffen ergreifen und sein Leben in die Waagschale werfen. Wir Heutigen müssen deshalb umso mehr Mut haben, das Wort zu ergreifen und unsere ganze Persönlichkeit einsetzen. [...] Kein Thema darf tabu sein.“ Dass dies der Geist von *Perestroika* und *Glasnost* war, sogar mit Verve, konnte den Lesern in der Universitätsparteileitung kaum entgangen sein – und schon gar nicht dem damaligen Redakteur der *Sozialistischen Universität* oder dem Rektor. Ließ man es absichtlich durchgehen – und dies im Wissen um die Virulenz solchen Denkens?

Immerhin: 1988 nutzte ich im Sommer zur Eröffnung des 43. Hochschulferienkurses für Germanistik in Weimar, für den ich zum Kursleiter bestellt worden war, die Gelegenheit, anlässlich einer Reflexion über Gesinnung und Denkform bei Brecht und Herder Sätze zu äußern, wie diesen: „Angesichts des riesigen Bedarfs an kritischer Vernunft will es scheinen, als dürfe uns auch vom vergangenen Gedachten und Gesagten kein Wort und kein guter Gedanke verloren gehen. Dies festzustellen ist Weimar, wo geistige Höhe und Abgrund einer Nation nur wenige Schritte voneinander entfernt liegen, der rechte Ort. Wir haben Gründe, mit unserer Vergangenheit ebenso gewissenhaft umzugehen wie mit unserer Gegenwart – um der Zukunft willen. In einer Zeit, wo neues Denken, Umgestaltung und kritische Öffentlichkeit – also *nowoje myschlenije*, *Perestroika* und *glasnost* – von Tag zu Tag mehr das Gewicht menschheitlicher Werte erhalten, mag jeder vernünftige Gedanke, den wir noch einmal denken, zur Mehrung von geistiger Kraft und gedanklichem Mut beitragen.“ Diese Sätze wurden mit ihrer scharfen kritischen Implikatur

sowohl von den ausländischen Kursgästen aus Ost und West als auch von den einheimischen Mitarbeitern bestens verstanden – und von vielen ausdrücklich belobt.

Das Dilemma – oder sogar Paradoxon –, in dem sich die Herrschenden befanden, deutete auf eine Unfähigkeit hin, mit dialektischen Konstellationen umzugehen: Doch schon seit den siebziger Jahren war kontinuierlich von der *wachsenden Bedeutung des subjektiven Faktors* in der gesellschaftlichen Entwicklung die Rede gewesen. Diese Konsequenz brachte stärkere Akzente für das Individuum und seine Entfaltung mit sich, nicht nur in seiner beruflichen Kompetenz, die zunächst gemeint war, sondern auch hinsichtlich seines persönlichen Freiheitsbegehrens, das mit der Selbstbestimmung notgedrungen verbunden ist. Dass dergleichen Entwicklung den kollektivistisch orientierten, restriktiven Kontrollinstanzen nicht wenig Abbruch tat, schien allenfalls als theoretische Ahnung zu existieren, nicht aber in der alltäglichen Praxis politischer Entscheidungen realisierbar zu sein – von der geringen kommunikativen Fähigkeit, unter solchen Prämissen innere politische Konflikte zu debattieren, ganz zu schweigen.

Jedenfalls war es studentischer Drang zu selbstbestimmtem Handeln, der 1988 die Geldsammlung der „*Ambulancia*“ – dem Kauf eines Krankenwagens für Nicaragua gewidmet – initiierte. (FDJ-Leitung und SED-Parteileitung versuchten alsbald, dieses Unternehmen für sich zu reklamieren und es zu „kontrollieren“.) An allen Ecken und Enden gab es Regungen, die von wachsendem kritischem Selbstbewusstsein und dem Verlangen nach Gedankenfreiheit und Eigenständigkeit kündeten.

Der Informationsbericht des MNT-Bereiches und der Medizin vom 22. Mai 1989 (ThStA Rudolstadt, BPA SED, UPL Jena 2509, Bl. 37) liefert ein Bild der Furchtlosigkeit beim Stellen von Tabufragen, so Fragen der Studenten nach der Stalinzeit in der DDR und: ob wir „nicht in ähnlicher Weise Dinge aufarbeiten“ müssten wie die Sowjetunion. Auch mit Fragen nach dem Verlauf des 17. Juni in Jena und insbesondere nach der „Beteiligung der Massen“ waren die Lehrenden konfrontiert. Die Studenten erkundigten sich nach der Rolle, „die Dubček damals [1968] wirklich gespielt hat“. Immerhin, der Gedanke an die militärische Gewalttätigkeit von 1968 lebte weiter – da und dort zumindest! Ausdrücklich stellten Studierende der Medizin fest, „[a]ngesichts der Schwierigkeiten in den sozialistischen Ländern“ erscheine „der Marxismus als überholt und nicht mehr zeitgemäß“ (ebd., Bl. 60). Andererseits wehrten sich die Studenten in den einschlägigen Seminaren dagegen, gewisse Themen zu behandeln, so werde die „imperialistische Strategie zur Destabilisierung der Lage in den sozialistischen Ländern, speziell der DDR“ als Diskussionsthema ausdrücklich zurückgewiesen. Theologiestudenten äußerten, der Tag der Wehrbereitschaft sei unvereinbar mit dem neuen politischen Denken, dessen Konsequenzen sich folgerichtig in veränderten Inhalten und Zielen der ZV [Zivilverteidigung] widerspiegeln. Sieben Theologiestudenten hatten sich am Tag der Wehrbereitschaft nicht beteiligt, der Direktor der Sektion Theologie sprach ihnen daraufhin eine Missbilligung aus (!). Die Alarmsignale häuften sich. Austritte aus der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, dann auch aus der SED, nahmen über den Sommer 1989 hinweg zu. Und äußere Ereignisse waren angetan, immer neue Aufsässigkeit zu wecken.

So regten sich nach der evidenten Fälschung der Kommunalwahlergebnisse im Mai 1989 politische Unruhe und Widerspruch als ein akuter Schub, noch moderat und mit beherrschter Sachlichkeit. Doch selbst Parteisekretäre der SED in den Sektionen und Personen der „staatlichen Leitung“ erhoben gegen den offenkundigen Wahlbetrug Einspruch, wagten freilich noch nicht, die Sachverhalte in aller Schärfe Betrug und Fälschung zu nennen. Dennoch schreibt in einem Brief an die Wahlkommission des Rates der Stadt am 10.5.1989 der Wissenschaftsbereichsleiter Anglistik/Amerikanistik, der Dozent Dr. Rolf Herwig mit konkretester Deutlichkeit: „Eine Anzahl von Genossen und Kollegen waren als Mitarbeiter von Wahlvorständen [...] eingesetzt und haben persönlich an der ordnungsgemäß erfolgten öffentlichen Auszählung der Stimmen teilgenommen. In allen Fällen besteht eine große Diskrepanz zwischen dem am Wahltag ermittelten Wahlergebnis der jeweiligen Wahlbezirke und dem offiziellen Wahlergebnis, wie es in der Presse veröffentlicht wurde. Die Erfahrungen der Genossen und Kollegen gehen dahin, daß die Zahl der absoluten Gegenstimmen 6–17% betrug und so in die Wahlprotokolle eingetragen wurde.“ (Dok. 1).

Am selben Tag teilte der Gemeindegemeinderat der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde mit dem Superintendenten Udo Siebert, dem Oberbürgermeister Span als dem Vorsitzenden der Wahlkommission Jena-Stadt, mit, dass „engagierte Gemeindeglieder mit großer Aufmerksamkeit die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen 1989 verfolgt und an zahlreichen Wahlversammlungen teilgenommen“ haben. Aus 55 Wahlkreisen lägen „die folgenden, bei den öffentlichen Auszählungen in die Protokolle eingetragenen Zahlen vor:

17333 abgegebene Stimmen

75 ungültige Stimmen	(0,43 %)
16650 für den Wahlvorschlag	(90,29 %)
1608 gegen den Wahlvorschlag	(9,28 %)

Diese Zahlen stehen im krassen Widerspruch zu den im ND vom 8.5. für Jena-Stadt veröffentlichten Ergebnissen. [...] Wir befürchten, daß durch die vorhandenen Widersprüche ein solcher Vertrauensverlust unter den Einwohnern unserer Stadt eingetreten ist, daß die vor uns liegenden schweren Aufgaben nicht bewältigt werden können. Da wir sehr betroffen sind von den Problemen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben haben, bitten wir dringend um ein Gespräch zu einem baldmöglichen Zeitpunkt.“ (Dok. 2) Neben fünf anderen Unterzeichnern befindet sich mit der Unterschrift von Gerd Wechsung diejenige eines Universitätsangehörigen. Zu dieser Zeit waren die horrenden Wahlfälschungen in den Sonderwahllokalen noch nicht bekannt, die von einem Großteil der Wählerschaft, so im Bezirk Gera von über 30 Prozent, benutzt wurden und wo die vermutlich besonders zahlreichen Neinstimmen – bei nichtöffentlicher Auszählung – aus den Wahlurnen aussortiert worden waren (Herz, *Wahl*, S. 58 ff.). Aber auch die Anzahl der so genannten Kabinenwähler hatte stark zugenommen, dies wurde im Hinblick auf die studentische Wählerschaft sehr aufmerksam registriert. Diese Tendenz beunruhigte Partei- und Staatsführung zunehmend. (ebd.) Die Berichte über den Andrang in den Sonder-

wahllokalen ermutigten aber dazu, die Kabine zu benutzen und alles daranzusetzen, eine Neinstimme durch die perfekte Streichung jedes einzelnen Namens der Liste zu „erzeugen“.

Besonders nachdrücklich mit ihrer disparaten Mischung aus Trauer und heftiger Kritik wirkten die Proteste der Studenten im Juni 1989, nach dem Peking Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, so etwa bei den Germanisten. Zwei Studentinnen, Ines Geipel und Carla Schulze, hängten am 8. Juni 1989 an der Sektionswandzeitung der Literatur- und Kunstwissenschaft neben den Fahrstühlen im vierten Obergeschoss des Universitätshochhauses ein Plakat auf, von ihnen unterzeichnet, mit dem Wortlaut: „In Peking wurden Menschen getötet, die friedlich demonstrierten. Nichts hören, nichts sehen. Schnell weitergehn. Dreht euch nicht um, der Plumpsack geht um. Solidarität und Trauer.“ (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 49) Es wurde umgehend beseitigt. Eine Reflexion dazu unter dem Titel „Trauer ja – Solidarität mit wem?“ von dem Dozenten Dr. Dieter Strützel zitierte – kurze Zeit danach angeheftet – den Plakat-Text, so dass er gegenwärtig und nachlesbar blieb. (UAJ, Vorlass Meinhold)

Andere Texte von Studenten der Germanistik (in der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft) folgten an gleicher Stelle am 9. und 10. Juni. In einem hieß es: „Eine Revolution, die sich nur über Tote noch verteidigt, erweist sich gegenüber der gegenwärtigen Chance friedlicher Konfliktlösung als Mißbrauch von Macht. [...] Solidarität ist nötig mit allen, die Demokratie einfordern.“ (ebd.)

Im Protokoll eines am Tag danach, am 9. Juni, anberaumten Gespräches mit dem Prorektor für Erziehung und Ausbildung, Prof. Höwing, heißt es: „Es kam nicht zum Ansatz einer politischen Einschätzung. Die Studentinnen ließen jedes klassenmäßige Herangehen vermissen. Der abstrakte Umgang mit Begriffen usw. läßt die Frage stellen, wo sie in der DDR als Germanisten wirken sollen.“ (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 50) Es erfolgte der Vorschlag, „daß staatliche Leitung, Partei und FDJ das Gespräch fortführen, wobei der PR EA [Prorektor für Erziehung und Ausbildung] besonders an die beiden anwesenden FDJ-Funktionäre appellierte.“ (ebd., S. 51) In der operativen Analyse der Kreisdienststelle Jena des MfS vom 19. Juni 1989 „zur weiteren Aufklärung von PUT-Vorfelderscheinungen [Politische Untergrundtätigkeit] an der FSU Jena“ werden beide Studentinnen mit ihrer Personenkenzahl und dem Hauptwohnsitz angeführt. Sie hätten „das Vorgehen der chinesischen Volksarmee gegen konterrevolutionäre Kräfte diffamiert“. Im Wochenbericht der Universitätsparteileitung der SED vom 13. Juni 1989 (ThStA Rudolstadt, BPA SED Gera, UPL Jena, 1621, Bl. 193) heißt es kritisch: „Das allgemeinmenschliche und vordergründig humanisierende Herangehen der beiden Studentinnen an die Bewertung der Ereignisse in China findet vor allem bei Studenten und Mitarbeitern ein größeres Verständnis, auch innerhalb der GO [Grundorganisation]; eine klassenmäßige Bewertung fehlt bei diesen Kollegen und Genossen fast vollständig.“

Generell war das MfS über die Lage an der Universität besorgt, kritisierte auch die in höheren Positionen Tätigen in einer vernichtenden Schärfe, die schon etwas Verzweifelteres hat: „Als wesentliche begünstigende Bedingung wurde dokumentiert, daß die staatlichen Leitungskader und die gesellschaftlichen Kräfte in den

Sektionen und Einrichtungen sich nicht mit der erforderlichen Konsequenz negativ-feindlichen, revisionistischen und sektiererischen Auffassungen entgegenstellen. Ursächlich dafür sind das Wirken der PID [politisch-ideologische Diversion] sowie darauf basierende zweifelnde ideologische Einstellungen zur Gesellschaftsstrategie der Partei.“ So zu lesen in jener oben erwähnten operativen Analyse der KD des MfS vom 19. Juni 1989 (S. 9). Schon am 24. April 1982 mutete in einer „Einschätzung der politisch-operativen Lage in der FSU Jena“ die Feststellung sehr ernst an, dass „der Hauptschwerpunkt gegnerischer Angriffe sich eindeutig auf die Inspirierung/Initiierung feindlich-negativer Aktivitäten im Vorfeld politischer Untergrundtätigkeit konzentriert.“ Und wenig später heißt es, im „studentischen Freizeitbereich“ greife „der Gegner konzentriert an“. Schließlich stellten, so in diesem Bericht von 1982, „Liebesverbindungen von Studenten und Angehörigen der Universität ins NSW [nichtsozialistische Währungsgebiet] nach wie vor einen stark begünstigenden Faktor der ideologischen Unterwanderung sowie der Vorbereitung von Straftaten [...] sowie der hartnäckigen Antragstellung dar.“ [Gemeint ist hier das Stellen von Ausreiseanträgen.].

Da die eine der Studentinnen der Germanistik, die den China-Protest erarbeitet und das Plakat unterschrieben hatten, der SED angehörte, hatte die Parteileitung der Sektion gegen sie ein Parteiverfahren eingeleitet. Auf der Mitgliederversammlung wurde dies jedoch abgelehnt. In einem Bericht des IM „Dr. Gallus“ über die „politisch-operative Lage an der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft nach der Veröffentlichung der Erklärung des Politbüros vom 12.10.89 (PB) [Politbürobeschluss]“, der am 17. Oktober 1989 in der Kreisdienststelle zu Papier gebracht wurde, wird dieser Vorgang warnend erwähnt. IM „Dr. Gallus“ bezieht sich auf eine Stellungnahme von Prof. Dr. Michael Wegner gegen den Forschungsstudenten Matias Mieth, der in der SED-Mitgliederversammlung vorschlug, an das bevorstehende ZK-Plenum der SED „den Antrag zu stellen, eine Parteikonferenz mit der direkten Wahl vorgeschlagener eigener Kandidaten einzuberufen.“ (BSTu, MfS, BV Gera, Reg.-Nr. X 437/70, T. II, Bd. 1, Bl. 404) Diese Verfahrensweise, die die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder gefunden habe, führe nach Meinung Wegners „zur Ausgrenzung politisch aktiver Genossen“ und sei „Schlüssel des Mechanismus zur ‚Ausbootung‘ der USAP auf dem Budapester Parteitag“ gewesen. (ebd.) In solche Zusammenhänge des drohenden Machtverlustes für die SED ordnete also IM „Dr. Gallus“ die mit einem Abstimmungssieg herbeigeführte Ablehnung eines Parteiverfahrens gegen Ines Geipel ein.

Den Protesten der Germanistinnen hatten sich zwei Studenten der Sektion Staats- und Rechtswissenschaft, M. und A., angeschlossen. Sie hatten am 20. Juni 1989 – so lautet es wörtlich in den Angaben zum Tatbestand – „durch einen Austausch in der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft (4. OG des damaligen Universitätshochhauses) ihren Standpunkt zu den Ereignissen in der VR China öffentlich gemacht. Mit den dort getroffenen Aussagen haben sich beide bewußt gegen den Standpunkt unserer Partei und Regierung öffentlich ausgesprochen. [...] Dies wirkt umso schwerer, als beide Studenten zum Staatsanwalt ausgebildet wurden und kurz vor der Übernahme in diese Funktion bzw. in ein Forschungsstudium stehen.“ Über dem Text der „Deklaration der hungerstreikenden Studenten auf dem

Tiananmen-Platz“ (der Süddeutschen Zeitung entnommen) hatten beide unter dem Titel „SCHWEIGEN und PAROLEN – TRAUER und MUT“ den folgenden eigenen Text angeheftet: „In diesen Tagen zeigte das staatliche chinesische Fernsehen Bilder von zum Tode verurteilten ‚Konterrevolutionären‘. Mit von Mißhandlungen gezeichneten Gesichtern, die Hände auf dem Rücken gefesselt, wurden sie, jeder ein großes Schild um den Hals hängend, auf dem ihre todeswürdigen Untaten geschrieben standen, dem öffentlichen Volkszorn vorgeführt. Bis jetzt sollen 11 Studenten, Arbeiter und Bauern (darunter eine Frau) dem Heiligtum politischer Mythen geopfert werden. Wie lange wird es dauern, bis man sie rehabilitieren wird? Soll mit ihnen das geopfert werden, wofür andere vor ihnen freiwillig in den Tod gehen wollten?“ (UAJ, Best. Disziplinarakten, Nr. 111, n. p.)

M. und A. wurden im Juli 1989 vor die Disziplinarkommission zitiert, deren Vorsitzender, Prof. Dr. Wolfgang Bernet, der spätere Sektionsdirektor und 1990 erster Dekan der wiederhergestellten Juristischen Fakultät, durchaus inquisitorisch fragte und den Studenten vorwarf, „schuldhaft schwerwiegend gegen die Normen des politisch-moralischen Verhaltens“ verstoßen und das Ansehen der Universität in der Öffentlichkeit geschädigt zu haben. Bernet hielt M. zudem vor, er habe „sich demonstrativ gegen die offizielle Meinung unseres Staates“ gestellt. Dennoch plädierte die Seminargruppenberaterin, Mitglied der SED immerhin, für einen „strengen Verweis“, doch Bernet hielt schließlich einen einjährigen Ausschluss vom Studium für angemessen. Interessanterweise war ausgerechnet der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft eher milde gestimmt und hatte geäußert, die Studenten könnten nach ihrem Examen dennoch mit der geplanten Tätigkeit als Staatsanwälte rechnen. Um so erstaunlicher, dass Bernet im September 1991 dem Minister Ulrich Fickel gegenüber behauptete, er, Bernet, habe unter unvorstellbarem Druck des ehemaligen Ministers für Hoch- und Fachschulwesen, des stellvertretenden Abteilungsleiters Wissenschaften im ZK der SED und des Generalstaatsanwalts der DDR handeln müssen. Das zu glauben, fällt schwer. Er habe, so behauptete Bernet 1991, die Studenten in einem privaten Gespräch damit getröstet, er hätte sie mit seiner Zustimmung zu diesem Spruch nur „aus der ärgsten Schusslinie nehmen“ wollen, um ihn bei nächster Gelegenheit zu annullieren. Diese Gelegenheit ergab sich in der Tat – unvorhersehbar – einige Wochen später: Am 20. Oktober 1989, als der Umbruch mit aller Wucht eingesetzt hatte, leitete Bernet tatsächlich die Liquidation des Urteils ein.

Ende September bis Anfang Oktober 1989 kam es zu einer konzertierten Aktion von besonderer Wirkung, bei der ein bereits etabliertes „Netzwerk“ studentischer Aktivisten und Reformer deutlich in Erscheinung trat. Innerhalb der FDJ hatte sich – mit den Sekretären der Arbeitsorganisationsleitung der FDJ (AOL) Holger Boas, Mathematik, Olaf Hauer, Psychologie, Uwe Schrader, Biologie, und Tilo Schieck, Theologie – bereits im Februar 1989 ein Kern potenzieller Aktivisten herausgebildet, in dem sich durch die monatlichen gemeinsamen Sitzungen der AOL-Sekretäre mit den hauptamtlichen Funktionären der Grundorganisationsleitung der FDJ (GOL) eine besonders enge Verbindung entwickelt hatte. Tom Bräuer (*Netzwerk*, S. 86) brachte es auf den Punkt: „Die Sitzungen der hauptamtlichen Mitarbeiter der GOL mit den AOL-Sekretären waren die wichtigste organisatorische Grund-

lage des sich nun ausbildenden reformorientierten Netzwerkes.“ Der Kern erweiterte sich im September 1989, reichte über zwölf von sechzehn Sektionen hinweg und erzeugte auch – von den FDJ-Sekretären der AOL initiiert – Verbindungen innerhalb der einzelnen Sektionen.

Die netzwerkartigen Verbindungen der Abteilungsorganisationsleitungen der FDJ boten die Voraussetzung für die erste entschlossene, Aufsehen erregende Aktion an der Jenaer Universität, nämlich die Protestbriefaktion von Studenten aus elf Sektionen und dem Bereich Medizin zur Gesamtlage in der DDR. (Neun Texte davon sind bei Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 58 ff. dokumentiert; der fehlende Brief der Sektion Psychologie wird hier im Anhang als Dok. 3 abgebildet) Zum ersten Mal fand – ohne Mitwirkung der GOL – eine koordinierte Entscheidung statt, die eine größere Anzahl von Sektionen betraf.

Bilaterale studentische Beziehungen zwischen Sektionen hatte es schon früher gegeben: Anfang der achtziger Jahre bereits hatten Studierende der Sektionen Theologie sowie Staats- und Rechtswissenschaft interessanterweise einen losen halboffiziellen Gesprächskreis eingerichtet. In dieser Runde entstand, wie schon erwähnt, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Idee des Ambulancia-Projektes, der großangelegten Geldsammlung zur Anschaffung eines Krankenwagens für Nicaragua – eine Aktion mit Anspruch auf Eigenständigkeit, gewissermaßen eine Art Proklamation des wachsenden Willens zur Selbstbestimmung, die freilich auf Seiten von SED- und FDJ-Leitung Versuche in Gang setzte, die Oberaufsicht darüber zu sichern und Regie zu führen, schließlich auch eine „erfolgreiche Usurpation“ des ganzen Projektes zu erreichen.

Nun also erfolgte, zwischen dem 27. September und 5. Oktober, mit den zwölf Briefen eine nachdrückliche Wortmeldung der Studenten, die – vor allem im Hinblick auf die dramatische Lage in der DDR angesichts der Fluchtbewegung und des Fehlens angemessener politischer Aktivität von „Partei und Regierung“ – nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließ. Im Brief der Studenten der Medizin und Stomatologie hieß es von ihrer Sorge: „Zu viele Menschen sehen keine persönliche Perspektive in der DDR, verspüren mangelndes Vertrauen in das Funktionieren gesellschaftlicher Strukturen und fühlen sich von der Mitbestimmung und Gestaltung ihres gesellschaftlichen Umfeldes ausgeschlossen. Die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung eines Jeden scheinen durch die Beschränkungen der individuellen Handlungsräume, auch in materieller Hinsicht, in einem hohen Maß eingeengt.“ (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 62) Außerdem war von Beeinträchtigungen der Krankenversorgung in den Universitätskliniken die Rede. Die Studenten hielten „öffentliche Stellungnahmen und konstruktive Diskussionen der Missstände“ für erforderlich. (ebd., S. 63)

Die Theologiestudenten forderten (am 29. September!) „gesellschaftliche [wohlgemerkt: nicht allein politische!] Veränderungen, die eine neue Hoffnungsperspektive eröffnen und allen Bürgern eine breitere demokratische Mitgestaltung unsrer Gesellschaft ermöglichen“. (ebd., S. 67) Hauptforderungen hatten auch sonst eher verbal-kommunikativen Charakter, es ging um Gespräch, Disput, Diskussion, offen, ehrlich, rückhaltlos – zur Diagnose wie zur Behebung der Funktionsstörungen und natürlich ging es um Presse- und Meinungsfreiheit.

Auch in diesem Fall versuchten die FDJ – der harte Kern der GOL (FDJ-Leitung der Universität) – und die SED (die Universitätsparteileitung), die Aktion zu stoppen, doch ohne Erfolg. Immerhin hatte die GOL, insbesondere die Vorsitzende, Ute Eiweleit, einiges getan, um „die Reformkräfte zu diskreditieren und somit die Aktion ins Leere laufen zu lassen“. (Bräuer, *Netzwerk*, S. 96) Harte Auseinandersetzungen zwischen dem „Reformkreis“ und der FDJ-Leitung bzw. der SED-Parteileitung fanden statt. Die GOL, der auch Kai-Uwe Haase als Unterstützer der Reformkräfte angehörte, wollte zumindest den gesammelten Briefen aus den Sektionen ein eigenes Schreiben beifügen und verzögerte aus taktischen Gründen das Abschicken bis in die Zeit nach dem 7. Oktober. Für die Studenten, so Tilo Schieck, dennoch „das erste Erlebnis des Erfolges über den Apparat“ (Schiek, *Herbst*, S. 2f.). Immerhin verlief das Geschehen um den Brief der Psychologen (Dok. 3) auf Messers Schneide: Schließlich ging es um prägnante Symptome, um „DDR-spezifische“ Defizite der Persönlichkeit, um „Doppelmoral aufgrund des alltäglichen Zwanges, etwas anderes zu sagen als man denkt“, um „Tabus“, die „die Denkfähigkeit des einzelnen von vornherein in gefährlicher Weise“ beschneiden, um die Beseitigung „rechtliche[r] Strukturen, welche die Diskriminierung demokratisch gesinnter politisch Andersdenkender zulassen“. Die „führende Rolle der Partei“ sei „tätlich aufs neue durch die besten Problemlösungsvorschläge“ zu beweisen. (Fichtner, *Vergangenheitsbewältigung*, S. 80; vgl. dazu auch Dok. 3) Sektionsleitung und UPL der SED mischten sich in die Abfassung des Textes ein, selbst die Staatssicherheit versuchte, über den als IM „Uwe“ verpflichteten AOL-Sekretär Olaf Hauer, der zu den Verfassern gehörte, Einfluss auf die Formulierung zu nehmen, und wünschte, dass der IM ihr die „einzelnen Fassungen des Briefes [...] zur operativen Auswertung“ beschaffte (ebd.). Die „grundsätzlichen Hinweise“ spielten bei der Überarbeitung allerdings keine Rolle mehr.

Sogar in der „ideologieträchtigen“ Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie artikulierten „FDJ-ler“ ihre „tiefe Besorgnis“ angesichts der „Probleme und Schwierigkeiten“, die „in unserer Gesellschaft“ existieren und leiteten daraus Forderungen nach offener, kreativer Diskussion ab. (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, 70f.) Mit Recht schätzt Tom Bräuer die Nachwirkung hoch ein, dass nämlich dieser Erfolg „die lose strukturierten Gruppen“ um den „Reformkreis“ weiter verfestigt und den „Handlungsdruck“ – angesichts der wachsenden Dynamik der politischen Gesamtentwicklung – erhöht habe (Bräuer, *Netzwerk*, S. 96). Die Intention der schon lange zuvor sich andeutenden Genese der Reformideen war, wie Bräuer zu Recht urteilt, nicht der „Sturz des Systems oder Ähnliches. Sondern es ging um basisdemokratische Reformen innerhalb des Systems, ohne es grundsätzlich in Frage zu stellen.“ (ebd., S. 82) Damit freilich wurde dennoch der dem Zentralismus verpflichtete Konsens mit dem System aufgekündigt. Die DDR erwies sich als „unfähig, solche Bedürfnisse zu integrieren, statt sie zu unterbinden. [...] Im Hintergrund stand [bei den Studenten] bei alledem immer die reale Furcht vor Repressionen.“ (ebd.)

In meiner hier anschließenden Darstellung sei vor allem die chronologische Abfolge des inneruniversitären Umbruchs nach dem 7. beziehungsweise 9. Oktober 1989 nachvollzogen, da deren Faktizität im „Gedächtnis der Universität“ bereits zu

verblassen droht. Es ist auch höchste Zeit, angesichts des unaufhaltsamen Ablebens derjenigen Zeitzeugen, die damals als Hochschullehrer Akteure waren, für alle markanten Einzelheiten eine Sicherung und historiographische Fixierung zu versuchen, zumal – durch welche Umstände auch immer bedingt – leider mit einer lückenhaften Aktenlage für die Zeit von 1989/90 zu rechnen ist.

II. DER HERBST DER STUDENTEN UND PROFESSOREN

AUFTAKTE

Am Sonntag, dem 15. Oktober 1989, vormittags, fand im Rahmen der Sonntagsuniversität das Forum „Brauchen wir eine neue Linke?“ statt, von der Universität in der Aula mit elf Hochschullehrern im Podium veranstaltet. Prof. Dr. Gerhard Riege war Moderator. Ich selbst hatte im Andrang nur noch einen Stehplatz gleich neben der Eingangstür bekommen können. Es fand eine Video-Übertragung in den ebenfalls gefüllten Hörsaal 24 statt. Die Gesamtzahl der Teilnehmer des Forums wurde auf 700 bis 800 Personen – zusammen mit den im Hörsaal 24 versammelten – geschätzt.

Natürlich war das eine Veranstaltung der damaligen Universitätsleitung, sozusagen der Versuch einer politisch-ideologischen Rettungstat oder als eine Art Blitzableiter gedacht. Ein *Offener Brief*, in einer Sondernummer der *Sozialistischen Universität* vom 10. Oktober veröffentlicht, unterzeichnet von Rektor, UPL-Sekretär, FDJ-Leitung und Gewerkschaft mochte eine ähnliche Zielstellung gehabt haben, war aber eher ein Beweisstück hoffnungsloser Hilflosigkeit, weit zurück hinter den zuvor verfassten Texten der Briefaktion der Studenten, mit einer geradezu unheimlich anmutenden Simplität des Denkens, man tastete sich unverfroren an Denkklišees und Sprachklishees entlang und lieferte eigentlich eine Bankrotterklärung, den Nachweis abwesender geistiger Beweglichkeit (Dok. 4). Gefangen in jahrzehntelang reproduzierten Sprachformen politischer Plakatierung, führte die „Leitung“ eine makabre Selbststrangulation und ihr Ersticken in banalem Sprachgerümpel – so die extrem vorbelastete, heuchlerische Vokabel „Volksaussprache“ – vor, immer noch verschanzt hinter der fatalen Vergitterung durch ihre politischen Organisationsstrukturen – SED-Parteitage, FDJ-Parlamente, FDGB-Kongresse:

„Uns alle bewegt, was in dieser Zeit in unserem Lande geschieht.

Die Diskussionen in allen Grundorganisationen der SED, FDJ- und Gewerkschaftsgruppen, die Gespräche der Studenten mit ihren Hochschullehrern, in den Arbeitskollektiven und Familien zeigen

Mit großer Verantwortung

- sorgen wir uns um die Leistungskraft, Attraktivität und Dynamik des Sozialismus in unserem Vaterland,
- fragen wir nach den Ursachen dafür, die eine große Zahl von Universitätsangehörigen bewogen hat [sic!], ihre Heimat und ihren Arbeitsplatz zu verlassen oder verlassen zu wollen,
- suchen wir nach Wegen und Möglichkeiten, gemeinsam unsere Probleme zu bewältigen.

[...]

Das tun wir öffentlich in Vorbereitung des XII. Parteitages der SED, des XIII. Parlaments der FDJ und des XI. Kongresses des FDGB.

Ausgehend von dieser gesellschaftlichen Forderungssituation rufen wir alle Universitätsangehörigen auf:

- sich an dieser Volksaussprache aktiv und konstruktiv zu beteiligen und durch schöpferisches Handeln ein klares Bekenntnis zum Sozialismus in unserem Lande als unserem gemeinsamen Werk und unserer gemeinsamen Aufgabe abzulegen [...]“ (Dok. 4)

Unter solch anachronistisch anmutender Sprachregelung konnte sich kein kreativer Gedanke mehr regen, hier gab es nur noch verbale Reproduktion zu erkennen.

Dennoch wurde zum ersten Mal seit Jahrzehnten wenige Tage später, an jenem 15. Oktober 1989, die Aula Schauplatz eines freien, heftigen Disputs: Starke Äußerungen über die Untaten der SED fanden ihren Platz; die Entdeckung eines hinter dem Vorhang verborgen mitlaufenden Tonbandes erregte zorniges Aufsehen, weil der Verdacht auf Spitzeltätigkeit aufkam. Dass es heiß herging, dafür sorgten vor allem, weil es eine öffentliche Veranstaltung war, Teilnehmer von außerhalb der Universität. Beispielsweise erhob Hannes Schneider, ein bei der Jenaer Gärtnerei Boock tätiger Gartenbauingenieur, der sich mit Namen und Beruf (als „Schneider, Obstbaumverkäufer aus Jena“, so in einem IM-Bericht von IM „Klaus Krüger“, einem Studenten) vorstellte, sehr temperamentvoll und mutig Vorwürfe gegen die SED: Sie habe jegliches Vertrauen verloren, man müsse sich wieder die Wahrheit sagen können; er nahm auf einen Artikel in der FDJ-Zeitung *Junge Welt* Bezug, der sich gegen den Anwalt Rolf Henrich und dessen Buch „Der vormundschaftliche Staat“ richtete (ein im April 1989 in Hamburg erschienenenes systemkritisches Werk, das in der DDR von Hand zu Hand ging) – dies sei eine Absage an jegliches Gespräch. Nichts aber sei nötiger als das offene Gespräch – die Staats- und Parteiführung müsse abkommen vom Widerspruch zwischen Sagen und Tun, ein Forum sei nötig, das all dies ermögliche. (So im Bericht des IM „Klaus Krüger“, Dok. 5) Ein erster Diskussionsbeitrag aus dem Publikum hatte zuvor schon auf die Notwendigkeit neuer Organisationen verwiesen, weil der Vertrauensverlust in die bestehenden zu groß sei. Wenig später wurde ein Antrag aus dem Publikum abgelehnt, ein Vertreter des Neuen Forums solle „mit nach vorn an den Tisch“. IM „Klaus Krüger“ protokollierte den Verlauf des Forums sehr zuverlässig, und arbeitete rasch: schon am nächsten Tag befand sich sein handschriftlicher Text in der Kreisdienststelle Jena, im Referat für politische Untergrundtätigkeit.

Keine neue Linke, sondern eine erneuerte Linke, war Rieges einleitende Devise, die nicht gerade wie ein Geistesblitz anmutete. Haney, dem Juristen, ging es um das Begreifen der Krise und ihre Chance; Detlef Jena hielt die Krise erstaunlicherweise für das Anzeichen dafür, dass der Sozialismus sein embryonales Stadium verlasse und lobte die jüngste Politbüroerklärung, wollte sie jedoch ergänzt wissen – und der Theologe Joachim Conrad verlangte Basisdemokratie. Der Volkskammerabgeordnete Professor Dr. Christoph Brückner, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheitswesen der Volkskammer der DDR, plädierte dafür, dass die LDPD weiterhin eine Partei des Sozialismus bleibe, sprach aber von der Notwendigkeit, Vertrauensverluste rückgängig zu machen. Ein Teilnehmer aus dem Publikum stellte sich als SDP-Mitglied vor, wehrte zwar die Vereinigung mit der BRD ab,